

ROBIN WOOD

magazin



**Klimaschutz
weltweit unter Druck**



Gipfeltreffen
auf der Zug-
spitze

Blick ins Geheime:
Die ROBIN WOOD
Stasi-Akten

Zukunft
statt Asphalt!



Österreich investiert deutlich in sein Schienennetz und bietet dazu seinen Mitarbeiter*innen gute Arbeitsbedingungen. So sind sie im Gegensatz zur Deutschen Bahn auf Erfolgskurs. Mehr dazu auf Seite 22 und 23.

Foto: ÖBB/Eisenberger



Foto: Siegfried Krumm

Das neue Jahr ist jetzt schon fast zwei Monate alt. Trotzdem möchte die Magazinredaktion unseren Leser*innen für das Jahr 2026 alles Gute wünschen! Herzlichen Dank, dass Sie unseren Einsatz für Natur und Umwelt so unermüdlich unterstützen

Liebe Leser*innen,

neues Jahr, neues Glück? Im Bereich des globalen Waldschutzes begann 2026 so wie 2025 geendet hatte: Der EU-Rat und das EU-Parlament verschoben und verwässerten die Verordnung gegen die **globale Entwaldung** und die **EU-Lieferkettenrichtlinie**. Wir werden weiter für ein starkes deutsches Lieferkettengesetz streiten. Dabei ist uns Ihre Unterstützung sicher: Mehr als 200.000 Menschen haben bisher unsere Petition an Bundeskanzler Friedrich Merz unterschrieben. Herzlichen Dank! Aber wir müssen unsere Anstrengungen verstärken. Lesen Sie bitte mehr dazu auf Seite 32 und 33.

Im Dezember 2025 veranstalteten ROBIN WOOD-Aktiven auf der Zugspitze ein **eigenes Klimagipfeltreffen**. Mit der spektakulären Aktion machten sie darauf aufmerksam, dass genau vor 10 Jahren das Pariser Abkommen zum weltweiten Klimaschutz von 195 Staaten unterzeichnet wurde. Sie forderten von der Politik Klimaschutz nicht auf die lange Bank zu schieben, sondern wirksame Maßnahmen umzusetzen: für eine sichere, gesündere und lebenswerte Zukunft.

Zu einem wirksamen Klimaschutz passt es nicht, dass neue Autobahnen geplant und ausgebaut werden sollen. So ist die **Autobahn 39** von Lüneburg nach Wolfsburg eines der **klimaschädlichsten Straßenbauprojekte** Deutschlands. ROBIN WOOD ist gegen dieses Bauprojekt aktiv. Lesen Sie dazu mehr ab Seite 8 und ab Seite 20 dieser Ausgabe. Im Verkehrsschwerpunkt dieser Ausgabe erfahren Sie außerdem was Deutschland von **Österreichs Bahnerfolg** lernen kann. Ab Seite 24 wird Ihnen ein Fabrikkollektiv in Italien vorgestellt, das dafür kämpft bei einem ehemaligen Autozulieferer in Zukunft **Solarmodule und Lastenräder in Eigenregie** herzustellen. Die Arbeiter*innen machen sich für eine sozial-ökologische Wende von unten stark.

Die Umwelt- und Klimabewegung ist wie andere soziale Bewegungen auf Öffentlichkeit, Debatte und Aufmerksamkeit

angewiesen. Die Möglichkeit, sich vielfältig zu informieren und **seine Meinung frei zu äußern, ist ein Grundpfeiler der Demokratie**. Deshalb sind die Umweltorganisationen in großer Sorge, dass wenige Milliardäre und Big-Tech-Monopole, insbesondere aus den USA und China, zunehmend das Internet beherrschen. Welche Rezepte es gibt, hier unabhängiger zu werden, erfahren Sie auf Seite 13 dieser Magazinausgabe.

Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR hat in den 1980er Jahren die **Umweltbewegung in Ost und West ausspioniert** – darunter auch Umweltschützer*innen der damals frisch gegründeten Aktionsgemeinschaft ROBIN WOOD. Das Ausmaß der Ausforschung ist kürzlich durch das Stasi-Unterlagen-Archiv in Berlin-Lichtenberg und Einsicht in die dort über ROBIN WOOD gesammelten Informationen bekannter geworden – ein interessantes Kapitel der Vereinsgeschichte und der Geschichte der Umweltbewegung! Lesen Sie mehr dazu ab Seite 14

Zum **Baum des Jahres 2026 ist die Zitter-Pappel** gekürt worden. Dieser Pionierbaum wächst gut auf offenen Flächen und kann so helfen, geschädigte Waldflächen neu zu besiedeln. Für die Biodiversität spielt der Baum ebenfalls eine große Rolle. Mehr dazu erfahren Sie auf Seite 28 und 29 und im beiliegenden Faltblatt des Kuratoriums Baum des Jahres.

Im Sommer möchte das **ROBIN WOOD-Klimafloß** wieder unterwegs sein, um öffentlichkeitswirksam auf den Klimaschutz aufmerksam zu machen. Doch das Floß „Robina Wald“ ist in die Jahre gekommen und muss im Frühsommer neu aufgebaut werden. Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung. Bitte lesen Sie dazu mehr auf Seite 38.

Alles Gute für Sie im neuen Jahr und bleiben Sie aktiv, für die Magazin-Redaktion,
Ihre Christiane Weitzel



Foto: ROBIN WOOD

tatorte

- [6 Gipfeltreffen auf der Zugspitze](#)
- [7 „Banny“ wird für den Kiesabbau gefällt](#)
- [8 Kein Bau der A39 – Baumbesetzung im Lüner Holz](#)
- [9 Berlin: Faschos stoppen, Klima retten!](#)
- [10 Gießen: Klimaschutz heißt Antifa](#)
- [11 Haltung zeigen: Für Klimagerechtigkeit und Demokratie](#)

bündnisse

- [Offener Brief an GLS Bank wegen Debanking **12**](#)
- [Klimagerechtigkeit braucht digitale Unabhängigkeit **13**](#)

Seite 14



Foto: BARCH/BAUMANN

tatort-hintergrund

- [„Strenge vertraulich!“ Wie die Stasi **14**
ROBIN WOOD bespitzelte](#)
- [„Wir fühl'n uns gut, wir steh'n auf Berlin“ **18**](#)

Seite 20



Foto: Cécile Lecomte

verkehr

- [20 Zukunft statt Asphalt](#)
- [22 Was Deutschland von Österreichs Bahnerfolg lernen kann](#)
- [24 Fabrikkollektiv: Sozial-ökologische Wende von unten](#)

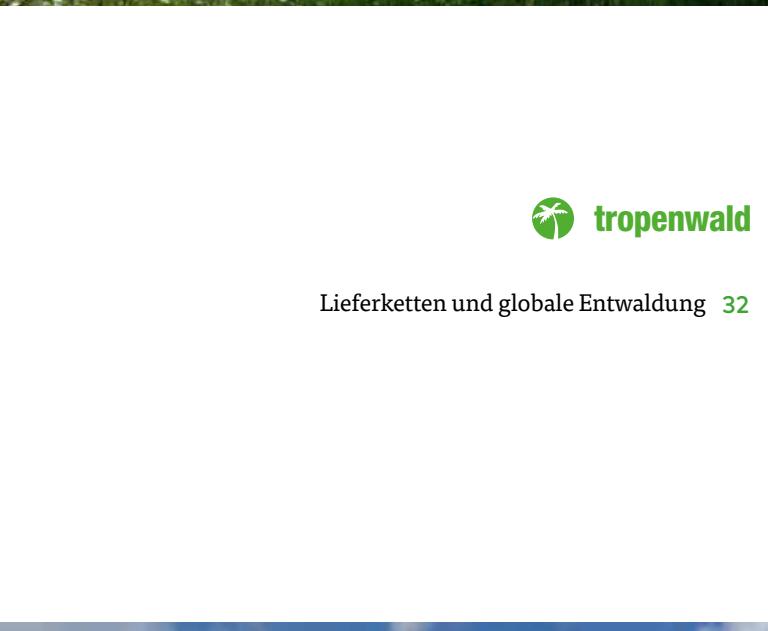


Seite 28

Foto: Rudolf Fennert

wald 

- 28 Die Zitter-Pappel: Baum des Jahres 2026
- 30 Holzheizkraftwerk in Berlin darf nicht genehmigt werden!
- 31 Fotoausstellung: Waldwelten



Seite 32



Seite 38

bücher 

- 34 Umweltspiel: Ecogon
- 35 Film: Das Flüstern der Wälder

internes 

- 36 Ihr Vermächtnis: Der Schutz unserer Wälder
- 37 Impressum
- 38 Ohne Moos kein Floß: Leinen los für's Klimafloß



Foto: ROBIN WOOD

Gipfeltreffen auf der Zugspitze

Zugspitze, 12. Dezember 2025: Genau zehn Jahre nach dem Pariser Beschluss des 1,5-Grad-Ziels veranstaltete ROBIN WOOD ein eigenes Gipfeltreffen – auf der Zugspitze. Wenn die Politik die zugesagte Umsetzung der Klimaziele weiter auf die lange Bank schiebt, können die Aktiven nicht ruhig zusehen.

Deutschland ist einer der größten Treibhausgas-Emissanten weltweit. Während Kanzler Merz in Belém verkündet, Deutschland und die EU stehen für Klimaschutz ein, werden zuhause Gas-Überkapazitäten geschaffen und in der EU wird über die Abschaffung des Verbrenner-Aus verhandelt. Höchste Zeit also, daran zu erinnern, dass Klimaschutz keine Last ist, sondern eine internationale Verpflichtung und eine Chance für eine sichere, gesündere und lebenswertere Zukunft!

Dafür mussten wir früh aufstehen. Nach einer ruhigen Anreise und einem Frühstück im Zug ging es für uns direkt die Zugspitze hinauf. Oben erwarteten uns bestes Wetter, eine grandiose Aussicht und vereister Schnee, der uns leider um die geplanten Schneeeengel brachte. Die dünne Luft auf fast 3000 Höhenmeter bemerkten wir außerdem beim Hinaufgehen von kleineren Treppen. Überraschenderweise war die Tiroler Station geschlossen. Aber die Stimmung blieb entspannt, sodass wir nach schneller Umplanung das große Banner im Schneefeld ungestört einsetzen und zum Gipfel mit dem Handbanner aufstiegen. Und sogar einen Bannerdrop mit dem großen Banner vom Gipfel konnten wir noch machen. Die Menschen dort oben waren neugierig, stellten Fragen, erzählten von Folgen des Klimawandels in ihrer Heimat – ein globaler Austausch initiiert durch unser kleines Gipfeltreffen.

Das Highlight der Aktion war eindeutig unsere Zeit auf dem Gipfel. Der Weg dorthin war anspruchsvoll, aber dank guter Ausrüstung sicher machbar. Unser Seil zur Überbrückung des teils zugeschneiten Klettersteigabschnitts brachte sogar anderen Leuten Sicherheit für die Gipfelbegehung. Und selbst Skifahrer*innen auf der benachbarten Piste wurden auf uns aufmerksam. Nur das Banner im Wind zu halten, war anstrengender als gedacht – aber genau das passte irgendwie: Klimaschutz erfordert Einsatz. Und manchmal eben auch kalte Finger und brennende Schultermuskeln.

Marit Schneider, ROBIN WOOD



Foto: ROBIN WOOD

ROBIN WOOD-Aktive auf der Zugspitze: Klimaschutz ist keine Last, sondern eine Chance für eine sichere, gesündere und lebenswerte Zukunft

„Banny“ wird für den Kiesabbau gefällt

Im Stadtwald von [Langen](#) / Südhessen wurden erneut sieben Hektar Laubwald für die Erweiterung der Sehring-Kiesgrube gefällt. Bereits Anfang November war hier die Waldbesetzung „Banny bleibt“ geräumt worden.

„Banny“ steht für Bannwald, denn das Areal war einmal gesetzlich geschützter Bannwald. Der Status wurde allerdings unter der Regierung von Roland Koch für die Interessen der Baustoffindustrie aufgehoben. So können Stück für Stück insgesamt 60 Hektar Wald gefällt werden, die nächsten umstrittenen Fällungen sollen schon 2027 erfolgen.

ROBIN WOOD war nach dem Kahlschlag mit der Symbolfigur „Trauriger Baum“ vor Ort. Die ist in Langen gut bekannt. Ist sie doch der über den Kopf gestülpte Blickfang auf zahlreichen Wald-Demos in der Region. Peter Illert von der ROBIN WOOD-Rhein-Main-Regionalgruppe steckt meist unter der Maske.



Foto: ROBIN WOOD/Illert

„Nicht nur Trauer, sondern auch Wut drückt das Gesicht des traurigen Baums aus. Wut, die uns antreibt, seine hölzernen Artgenossen zu schützen“, so Peter Illert von ROBIN WOOD

Kein Bau der A39 – Baumbesetzung im Lüner Holz

Die Autobahn A39 von Lüneburg nach Wolfsburg ist eines der klimaschädlichsten Straßenbauprojekte Deutschlands. Auf der geplanten Streckenführung liegen 30 Naturschutzgebiete. Die Aktiven der ROBIN WOOD-Regionalgruppe Hamburg-Lüneburg engagieren sich schon seit einigen Jahren gegen den Bau der A39.

Seit April 2024 fand in einem von dem Autobahnbau betroffenen Waldstück, dem Lüner Holz, einmal im Monat eine Mahnwache statt. Ende des Jahres 2025 wurde bekannt, dass die Autobahn GmbH im Winter erste Bäume fällen möchte, obwohl längst noch nicht alle Abschnitte genehmigt wurden und im Haushalt für 2026 auch noch keine Finanzmittel für



Lüni muss bleiben! Die Baumhäuser im Wald hielten dem Wintersturm stand, nicht aber dem Einsatz der Polizei. Das Nein zum Ausbau der teuren und Natur zerstörenden A39 bei Lüneburg bleibt

den Bau eingeplant sind. Gegen den Lüneburger Abschnitt hat der BUND Landesverband Niedersachsen Klage eingereicht. Diese hat jedoch keine aufschiebende Wirkung. Und die Autobahn GmbH möchte darauf keine Rücksicht nehmen.

Dies nahm eine Gruppe von Aktivist*innen zum Anlass, den Wald zu schützen. Sie nennen sich Aktionsgruppe Felderhörnchen und besetzten am 13. Dezember 2025 den Wald zwischen der A39 und der B209. ROBIN WOOD erklärte sich mit der Besetzung solidarisch und organisierte gemeinsam mit dem Klimakollektiv Lüneburg eine Mahnwache im Wald.

Die Besetzung unter dem Namen „Lüni bleibt“ erhielt viel Zuspruch aus der Bevölkerung. Trotz eisiger Temperaturen blieben die Besetzer*innen auch über Silvester und im neuen Jahr in ihren Baumhäusern. Auch ein Schneesturm am 9. Januar 2026 konnte sie nicht von den Bäumen vertreiben. Immer wieder brachten Menschen Dinge vorbei, die dringend gebraucht wurden: Decken, Planen, warmes Wasser, Tee und Lebensmittel. Am Sonntag, den 11. Januar, waren unter dem Motto „Ruhe nach dem Sturm“ viele Unterstützer*innen bei schönstem Winterwetter zu Kaffee und Kuchen in den Wald gekommen.

Mittlerweile ist klar, dass das auch die Ruhe vor dem Sturm war, denn am darauffolgenden Montag wurde die Baumbesetzung im Lüner Holz geräumt. Die Polizei war mit ca. 30 Einsatzkräften und einer technischen Einheit vor Ort. Die Polizei zerstörte die Baumhäuser, holte sämtliches Klettermaterial aus den Bäumen und stellte die Personalien der Bewohner*innen des Protestcamps fest.

Spontan fanden sich ca. 30 Unterstützer*innen, darunter auch Aktive von ROBIN WOOD, zu einer Mahnwache zusammen. Leider wurde diese von der Polizei nicht am Ort des Geschehens zugelassen, sondern musste sich auf der ca. 200 Meter entfernten B209 versammeln. Dennoch konnten die „Ihr seid nicht allein“ Rufe in den Baumhäusern gehört werden.

Die Polizei begründete die Räumung mit einer Gefahrenlage und hatte die Baumhäuser generell als unzulässig eingestuft. Gerichtsurteile in ähnlichen Fällen lassen allerdings Zweifel an dieser Begründung aufkommen. Ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Sachsen-Anhalt vom September 2025 zu einer vergleichbaren Waldbesetzung stellt klar, dass ein polizeiliches Einschreiten nur dann zulässig ist, wenn mit hoher Wahrscheinlichkeit eine konkrete Gefahr für Leben oder Gesundheit besteht. Allein der Umstand, dass Menschen sich in Bäumen aufzuhalten, reicht ausdrücklich nicht aus. Genauso diese Argumentation wurde nun in Lüneburg ignoriert. Die Polizei legte ihre Gefahrenprognose einseitig gegen die

Aktivist*innen aus, ohne nachvollziehbar darzulegen, worin die konkrete Gefahr bestehen sollte. Dabei sprach die Realität vor Ort eine andere Sprache. Der Schneesturm hatte kurz zuvor gezeigt, dass die Baumhäuser sicher gebaut waren. Es gab keine Schäden, keine Verletzten, keine Anzeichen dafür, dass von den Strukturen eine Gefahr ausging.

Sicher ist: Der Protest wird sich von diesem Rückschlag nicht entmutigen lassen. Er ist sehr breit, vielfältig und ausdauernd. Das haben auch die Baumbesetzer*innen bewiesen, die trotz Eiseskälte alles gegeben haben, damit der Wald bleibt und nicht zubetoniert wird. Auch ROBIN WOOD wird sich weiter gegen den Bau der A39 und anderer Autobahnen engagieren. Denn das für die Bauvorhaben vorgesehene Geld wird dringend für den ÖPNV und die Sanierung der bestehenden Infrastruktur gebraucht – neue Autobahnen können wir uns nicht länger leisten!

Lesen Sie mehr dazu bitte auch auf Seite 20 und 21.

Florian Kubitz, Regionalgruppe Hamburg-Lüneburg



Foto: ROBIN WOOD

Protest gegen die Räumung der Baumhäuser. Neue Autobahnen wie die A39 können wir uns nicht mehr leisten!

Faschos stoppen, Klima retten!

7. November 2025: ROBIN WOOD-Aktivist*innen entrollten an der Fassade des Berliner Olympiastadions ein großes Banner mit der Aufschrift „Faschos stoppen, Klima retten!“. In Solidarität mit dem Bündnis widersetzen riefen sie dazu auf, sich am 29. November 2025 mit Massenprotesten der Gründung der neuen AfD-Jugendorganisation in Gießen entgegenzustellen und für ein solidarisches Klima einzutreten. Das Bündnis plante einen breiten und vielfältigen Protest.

Die Aktiven wollen ihre Zukunft nicht den Rechten überlassen, die die Klimakrise leugnen, die Demokratie demontieren und unser Zusammenleben zerstören wollen. Die Gegner*innen einer solchen Politik sind mehr und verbünden sich gegen Faschos und für ein solidarisches Klima. Bisher haben Regierende und Behörden darin versagt, das Erstarken rechter und rassistischer Ideologie zu verhindern. Es ist wichtig, dass in Gießen, in Berlin und anderswo Klimabewegte und Antifaschist*innen solidarisch sind. Gemeinsam wollten die Aktiven für ein Miteinander einstehen, in dem alle Platz haben. Ohne Antifaschismus und Demokratie kann es auch keine Klimagerechtigkeit geben.

Die AfD-Jugend „Junge Alternative“ war bereits 2023 vom Verfassungsschutz als gesichert rechts-extrem eingestuft worden. Es dauerte weitere ein-einhalb Jahre, bis die Partei daraus Konsequenzen

zog und die Jugendorganisation im Januar 2025 auflöste, um nun – nur wenige Monate später – eine neue zu gründen. Auch wenn der Name der Organisation sich ändert, bleiben die Ziele die gleichen: rechte, rassistische Ideologie, Falschinformationen und Hetze gegen die Klimabewegung unter Jugendlichen zu verbreiten und zu normalisieren.



Foto: Lukas Stratmann



Foto: Jens Pieper

Klimaschutz heißt Antifa

Gießen, 29. November 2025: Sechs Stunden lang dauerte die Abseilaktion von ROBIN WOOD-Aktivist*innen, mit der sie die breiten Proteste gegen die Neugründung der neuen Jugendorganisation der AfD unterstützten. Starten sollte der Parteitag der „Generation Deutschland“ eigentlich um 10 Uhr. Die großen und vielfältigen Aktionen verzögerten den Start über zwei Stunden. Viele Delegierte kamen gar nicht an ihrem Ziel an.

Schon Monate vor der Aktion stand für viele Aktive von ROBIN WOOD fest, die antifaschistischen Proteste gegen die Neugründung der AfD-Jugend zu unterstützen. Klima- und Umweltschutz lassen sich nicht vom Kampf gegen Rechtsextremismus trennen. Nur in einer solidarischen und antifaschistischen Gesellschaft ist echte Klimagerechtigkeit möglich.

Die AfD und ihre Jugend hingegen leugnen den menschen-gemachten Klimawandel und wollen stattdessen noch stärker auf fossile Energieträger und globale Ausbeutung setzen. Während immer mehr Menschen aufgrund von Auswirkungen des Klimawandels ihre Heimat verlassen müssen, will die extreme Rechte Europa abschotten und jegliche internationale Solidarität beenden. Zudem versuchen Akteure aus dem AfD-nahen Umfeld immer wieder zivil-gesellschaftliche Organisationen und Vereine wie ROBIN WOOD zu diffamieren und mundtot zu machen. Aus diesen Gründen waren Aktive von ROBIN WOOD Ende November zusammen mit zehntausenden Menschen in Gießen und machten das, was ROBIN WOOD am besten kann: klettern!

Nach wochenlangen Überlegungen und Planungen trafen sich 12 Aktivist*innen am Vortag der Aktion zur Vorbereitung in der Nähe von Gießen. Die Fahrt zum Aktionsort verlief entspannter als gedacht und alle kamen wohlbehalten am vereinbarten Treffpunkt an. Um sechs Uhr startete die Aktion. Vier Menschen begannen sich von einer Brücke über dem Gießener Ring abzuseilen, der für die Anfahrt zum Gründungs-Parteitag gesperrt war. Schon kurz nach Start der Aktion wurden unsere Unterstützer*innen von der Brücke verwiesen, sodass die Kletternden mehr oder weniger auf sich alleine gestellt waren. Diese versuchten einfach das Beste aus der Situation zu machen. Während der folgenden Stunden lernten sie, dass Aktionsunterstützung auch über weite Distanzen funktioniert, Schlafen während der Aktion in der Hängematte möglich ist und mitgebrachter Kuchen weite Würfe überlebt. Ein Banner mit der Aufschrift „Klimaschutz heißt Antifa“ wurde gespannt und es gab eine rege Pressepräsenz.

Nachdem gegen halb eins der Gründungsparteitag, wenn auch deutlich kleiner, starten konnte, beendeten die Aktiven ihre Aktion und machten sich auf den Weg zurück zum Bahnhof. Die ganze Stadt war von einem Gefühl der Solidarität und des Zusammenhalts gefüllt. Unterwegs war noch die großartige Stimmung auf der Großdemo zu erleben. Während sich in den Hessenhallen eine im Kern rechtsextreme Organisation gründete, einte die Menschen außerhalb die Vision einer besseren Zukunft für alle.

Noa Baumann, ROBIN WOOD, Hamburg

Haltung zeigen: Für Klimagerechtigkeit und Demokratie

Klimagerechtigkeit ist zutiefst politisch. Deswegen seilten sich ROBIN WOOD-Aktive Ende letzten Jahres in Berlin und Gießen ab, um Haltung zu zeigen. Unter den Slogans: „Faschos stoppen – Klima retten“ und „Klimaschutz heißt Antifa“ fanden die beeindruckenden und friedlichen Aktionen statt. Das Aktionsfoto vom Berliner Olympiastadion schaffte es sogar auf die Seiten der taz. Mit dem Titel: „Bündnis widersetzt sich Aufmarsch der Höcke-Jugend“ (<https://taz.de/Neugruendung-der-AfD-Jugend-in-Giesen/!6132815/>) stellten sich die Aktiven solidarisch auf die Seite von Klimagerechtigkeit und Demokratie.

Denn die AfD ist brandgefährlich. Sie gefährdet den Klimaschutz in diesem Land. Die rechtsextreme Partei leugnet die menschengemachte Klimakrise, steht stattdessen auf Seiten der fossilen Lobby und bekämpft die längst überfällige Verkehrswende. Mit Desinformation und Verschwörungsmythen erschüttert die Partei das Vertrauen in Wissenschaft und Medien. Klimaschutzmaßnahmen werden als „Ökodiktatur“ verunglimpft. Damit treibt die AfD schon jetzt den klimapolitischen Diskurs mit absurdem Forderungen wie der nach dem Ende der Förderung von erneuerbaren Energien vor sich her. Die Partei ist maßgeblich am klimapolitischen Rollback beteiligt.

Auslöser für die ROBIN WOOD-Aktionen war die Gründung der „neuen“ AfD-Jugendorganisation mit dem pseudovisionären Namen „Generation Deutschland“, der die rechts-nationale Gesinnung widerspiegelt. Deren Vorgängerorganisation, die „Junge Alternative“, war erst im Frühjahr 2025 aufgrund ihrer durch den Verfassungsschutz bestätigten gesichert rechtsextremen Haltung aufgelöst worden. Dabei interessiert die rechte Jugend neben dem Unwort der „Remigration“ vor allem die Abschaffung von Klimaschutz und Demokratie in Deutschland. Und so verstanden ist es nicht weit zu dem gut gewählten Spruch der Aktiven: Klimaschutz

heißt Antifa, der weit sichtbar auf dem Banner der ROBIN WOOD-Aktiven zu sehen war.

Die friedlichen Proteste in Gießen zeigen uns noch etwas anderes, etwas Mutmachendes. Gießen hat weit über Hessen hinaus geleuchtet. Gemeinsam mit vielen anderen jungen Menschen setzten die ROBIN WOOD-Aktiven ein starkes Zeichen für die Demokratie und machen deutlich: „Generation Deutschland“ präsentiert keineswegs die Jugend! Zehntausende engagierter Menschen haben der Gründung des rechten Jugendverbandes deutlich widersprochen.

ROBIN WOOD bleibt weiterhin eine gewaltfreie Aktionsgemeinschaft für die Natur und Umwelt, daran besteht kein Zweifel. Aber der Verein hat es sich auch zum Ziel gemacht, die Lebensgrundlage aller Menschen zu schützen. Es geht um unsere gemeinsame ökologische und soziale Zukunft: Der Erhalt der Wälder, faire und menschenwürdige Lieferketten und das Ende der Fossilen bleiben die Kernpunkte des Vereins. Denn entgegen der Meinung rechter Autokraten und ihrer Anhängerschaft ist bekannt: Wenn wir jetzt nicht handeln und auf die Straßen gehen, wächst sich die Klimakrise zu einer Katastrophe aus!

Klimagerechtigkeit ist nur zu haben, wenn diesen rechten Kräften und ihren einflussreichen Lobbyisten laut widersprochen wird. Deswegen braucht es die Haltung der demokratischen Zivilgesellschaft, um der erstarkenden Rechten die Stirn zu bieten. Einer Politik, die den menschengemachten Klimawandel leugnet, wird sich der Verein immer leidenschaftlich widersetzen. Denn das ROBIN WOOD-Herz schlägt für die alten artenreichen Wälder, für unsere Mitmenschen und für eine globale soziale Gerechtigkeit. Zeigen wir gemeinsam Haltung für Klimagerechtigkeit und Demokratie.

Andrea Zander, ROBIN WOOD, Hamburg



Foto: iStock/Biassoli



Foto: iStock/geckophotos

Offener Brief an GLS Bank wegen Debanking

Die GLS Bank und Sparkassen kündigten in den letzten Wochen und Monaten mehreren zivilgesellschaftlichen Organisationen die Bankkonten – darunter die Roten Hilfe e. V. die Deutsche Kommunistische Partei und Anarchist Black Cross Dresden.

Anfang Januar 2026 stellten sich 4.708 Erstunterzeichnende dieser „Debanking“ genannten Praxis in einem offenen Brief an den Vorstand der GLS Bank entgegen. Sie schreiben: „Wir als Mitglieder und Kund*innen der GLS Gemeinschaftsbank eG möchten unserer Bank den Rücken stärken, damit sie Haltung zeigen und für eine aktive Teilhabe ihrer Kund*innen an der Zivilgesellschaft eintreten kann. Wir sind der Ansicht, dass die GLS ein Risikomanagement benötigt, das die Waage hält zwischen dem Abwehren von Risiken für die Bank insgesamt und dem Eingehen von Risiken im Interesse der Demokratie. Daher fordern wir Sie auf, die Geschäftsbeziehungen mit den betroffenen Organisationen fortzuführen bzw. wieder aufzunehmen.“

Der vollständige Brief ist unter debankingstoppen.de/offener-brief zu lesen. Er wurde binnen sechs Tagen von 130 Organisationen, 1.508 Genossenschaftsmitgliedern, 1.440 weiteren Kund*innen der Bank, sowie 1.630 weiteren Einzelpersonen unterschrieben. Es ist nach wie vor unter dem Link möglich – und erwünscht – den Brief zu unterschreiben. Auch ROBIN WOOD hat unterzeichnet, weil die Kündigung der Konten aktivistischer Unterstützungsstrukturen uns große Sorgen bereitet. Als spendenbasierter Verein mit Konto bei der GLS möchte ROBIN WOOD die Bank bestärken, auch im Risikomanagement Haltung zu zeigen und solidarische Strukturen wie die Rote Hilfe zu unterstützen. Die Kündigungen von Bankkonten zivilgesellschaftlicher Gruppen aus dem politisch linken Spektrum muss im Kontext

der aktuellen Zunahme von autoritären Tendenzen und dem allgemeinen Rechtsruck – sowohl global als auch bundespolitisch – betrachtet werden. Sie stellen eine Bedrohung demokratischer Rechte und Grundsätze dar. „Plötzlich ist das Konto weg, weil du für irgendwen politisch unliebsam bist. Das nennen wir Debanking. Du kannst keine Miete und keine Rechnung mehr bezahlen und es kommt auch kein Geld mehr rein. Debanking zielt auf die Existenz. Es soll ganz geräuschlos zivilgesellschaftliche Kritik und Opposition mundtot machen. Umso mehr müssen wir laut sein und uns wehren“, warnt Fran Leitner, Sprecher*in von Ende Gelände und engagiert im Debanking Stoppen Netzwerk.

Aktuell sind lediglich einige Organisationen und Einzelpersonen von Debanking betroffen. Dieses Vorgehen droht jedoch weiteren zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Menschen. Deshalb hat sich kurz vor dem Jahreswechsel das unabhängige und offene Netzwerk Debanking Stoppen gegründet, das mittlerweile auf Tausende von Menschen angewachsen ist. Darunter viele Menschen oder Gruppen, die selbst Kund*innen und Mitglieder bei der GLS Bank sind. „Je mehr Druck in unserer Gesellschaft auf einzelne zivilgesellschaftliche Strukturen ausgeübt wird, desto mehr braucht es die Solidarität von uns allen“, bekräftigte Professorin Anne Baillot von Scientist Rebellion und der Allianz für Kritische und Solidarische Wissenschaft. Genossenschaftliche Banken wie die GLS Bank müssen darin bestärkt werden, sich dem Druck wie aktuell nicht zu beugen.

Einen ersten juristischen Teilerfolg konnte die Rote Hilfe bereits erreichen. Ihr Konto bei der Sparkasse Göttingen darf sie vorerst behalten. Das hat das Landgericht Göttingen am 16. Januar 2025 in einem Eilverfahren entschieden.

Debanking Stoppen!

Klimagerechtigkeit braucht digitale Unabhängigkeit und Demokratie

Die Umwelt- und Klimabewegung ist wie andere soziale Bewegungen auf Öffentlichkeit, Debatte und Aufmerksamkeit angewiesen. Die Möglichkeit, sich vielfältig zu informieren und seine Meinung frei zu äußern, ist ein Grundpfeiler der Demokratie.

Deshalb sind auch wir als Umweltorganisation in großer Sorge, dass wenige Milliardäre und Big-Tech-Monopole, insbesondere aus den USA und China, zunehmend das Internet beherrschen. Plattformen wie X, Instagram, Facebook und TikTok sammeln massenhaft Daten ihrer Nutzer*innen, halten die verwendeten Algorithmen geheim und bestimmen die Grundregeln digitaler Öffentlichkeit. Verbunden mit ihrer wirtschaftlichen Monopolstellung und ihrer Meinungsmacht im gesellschaftlichen und politischen Diskurs, ist die Leugnung des menschengemachten Klimawandels inklusive. Der Einsatz von KI vergrößert die Macht der Mächtigen und bringt massive neue Herausforderungen, zum Beispiel durch neue Möglichkeiten für gezielte Falschinformation wie Deepfakes.

Die Plattform-Logiken folgen kommerziellen Interessen, nicht demokratischen Leitlinien und Qualitätsstandards. Dies erhöht den Druck auf den Journalismus, zumal sich auch andere Massenmedien anpassen und noch stärker an Klicks und Quoten orientieren, um ein Stück vom Kuchen des Werbemarkts und der Aufmerksamkeit aller Bevölkerungsschichten abzubekommen.

„Wir wollen nicht ein größeres Stück vom Kuchen, wir wollen die ganze Bäckerei“, hieß es früher mal. Ein guter Ansatz – auch heute noch. Entsprechend muss es darum gehen, Strukturen in Form von demokratisch kontrollierten, am Gemeinwohl orientierten Plattformen zu stärken. Das ist auch eine wichtige Maßnahme, um eine sorgfältig recherchierte, differenzierte und unabhängige Berichterstattung über Umwelt- und Klimathemen zu ermöglichen. Sie kommen trotz ihrer existentiellen Bedeutung und hohen Relevanz auf vielen Kanälen zurzeit nur noch unter ferner liegen vor.

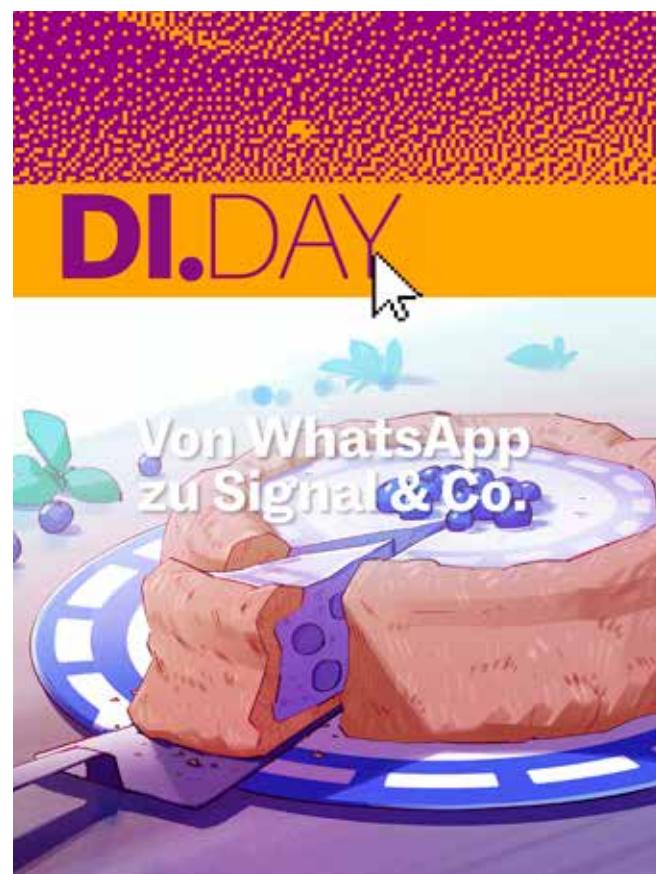
ROBIN WOOD unterstützt daher zusammen mit vielen anderen Organisationen und Einzelpersonen einen Aufruf und weitere Aktivitäten der 2025 gegründeten Initiative Save Social zur Rettung der sozialen Netzwerke als demokratische Kraft. Aktuell hat Save Social einen DI.Day angezettelt. Die Abkürzung steht für Digital Independence Day, ein digitaler Unabhängigkeitstag. Ein breites Bündnis, darunter der Chaos Computer Club, Digitalcourage und bekannte Einzelpersonen wie der Autor Marc-Uwe Kling, ruft nun jeden ersten Sonntag im Monat dazu auf, mit einem digitalen Dienst auf die gute, demokratie- und datenschutzfreundliche Seite zu wechseln, etwa von WhatsApp zu Signal oder anderen

Messengern, von X zum sozialen Netzwerk Mastodon oder von der Google-Suche zu alternativen Anbietern.

Menschen, die keine IT-Nerds sind, macht das Bündnis den Wechsel mit ansprechend gestalteten und gut verständlichen Rezepten schmackhaft. Selbst ausprobieren und weiterempfehlen. ROBIN WOOD wünscht guten Hunger!

Einfach wechseln! Die passenden Rezepte findest du unter diesem Link: <https://di.day/category/rezepte/>

*Ute Bertrand, ROBIN WOOD-
Pressesprecherin, Hamburg
presse@robinwood.de*



Zubereitungszeit
20 Minuten

Schwierigkeit
Anfänger





Foto: argus/Reinhard Janke

Am damaligen Tag der deutschen Einheit, dem 17. Juni 1985, ließen ROBIN WOOD-Aktivist*innen an der DDR-Grenze ein Protestbanner gegen Luftverschmutzung durch Kohlekraftwerke an Ballons aufsteigen – eine ungeheure Provokation für die Grenztruppen

Wie die Stasi ROBIN WOOD bespitzelte

„Streng vertraulich!“

*Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), das verantwortlich für die Geheimpolizei der DDR war, hat in den 1980er Jahren die Umweltbewegung in Ost und West ausspioniert – darunter auch Umweltschützer*innen der damals frisch gegründeten Aktionsgemeinschaft ROBIN WOOD. Das Ausmaß der Ausforschung ist kürzlich durch das Stasi-Unterlagen-Archiv in Berlin-Lichtenberg und Einsicht in die dort über ROBIN WOOD gesammelten Informationen bekannter geworden – ein hochinteressantes Kapitel der Vereinsgeschichte und der Geschichte der Umweltbewegung!*

Das zum Bundesarchiv gehörende Stasi-Unterlagen-Archiv zeigt am Beispiel der Stasi-Akte über ROBIN WOOD, welche Rolle die Staatssicherheit bei der Beobachtung und Unterdrückung von Umweltgruppen in Ost und West gespielt hat. Die ROBIN WOOD-Akte wird dort im Rahmen der Ausstellung „Einblick ins Geheime“ gezeigt. Diese Ausstellung ist in der ehemaligen, gigantomanisch dimensionierten Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg zu besichtigen, von der aus zu DDR-Zeiten die Stasi als „Schild und Schwert der Partei“ versuchte, die Alleinherrschaft der SED zu sichern. Zuständig für die Ausforschung von ROBIN WOOD war in den 1980er Jahren das Sekretariat des Generalleutnants Neiber in der Hauptabteilung 22 der Staatssicherheit. Deren

Aufgabe lautete: „Terrorabwehr“. Die Stasi-Mitarbeitenden berichteten über Aktivitäten der „gegnerischen Umweltschutzorganisation“ ROBIN WOOD direkt an die Stasipolitische Leitung, an Stasi-Minister Erich Mielke sowie an Staats- und Parteichef Erich Honecker.

Bei einer Veranstaltung im Stasi-Unterlagen-Archiv im November 2025 war neben dem Historiker Martin Stief auch Erdmann Wingert, ROBIN WOOD-Aktivist und Zeitzeuge, geladen, um seine Erinnerungen zu schildern. Er blickte zurück auf eine Protestaktion, die am (westdeutschen) Tag der deutschen Einheit, am 17. Juni 1985, im Grenzgebiet bei Helmstedt stattfand. „Die Luft war damals verpestet von den Emissionen der Kohlekraftwerke, die ungefiltert in die Luft geblasen wurden und Menschen und Wäldern übel zusetzten“, so Wingert. „In Ost und West stinkt's wie die Pest“ und „Mit Harbke und Buschhaus geht uns die Luft aus – Luftvergiftung kennt keine Grenzen“ stand auf unseren Bannern. Eine Bodentruppe von uns hatte die Banner in den sogenannten Todesstreifen am Grenzzaun zur DDR gebracht und eines davon an Heliumballons hoch gelassen – und dann war die Hölle los. Von Ost und West dröhnten die Aufrüttungen, das Gelände sofort zu verlassen. Sie schweben in Lebensgefahr, hieß es. Eine andere Gruppe von uns saß zur gleichen Zeit am Kohlekraftwerk Offleben auf dem

Erdmann Wingert, ROBIN WOOD-Aktivist der ersten Stunde, schilderte bei einer Veranstaltung des Stasi-Unterlagen-Archivs seine Erlebnisse bei Protestaktionen im „Todesstreifen“ an der innerdeutschen Grenze in den 1980er Jahren (Podium in der Mitte)



Foto: BARCH/BAUMANN



Foto: argus/Mike Schröder

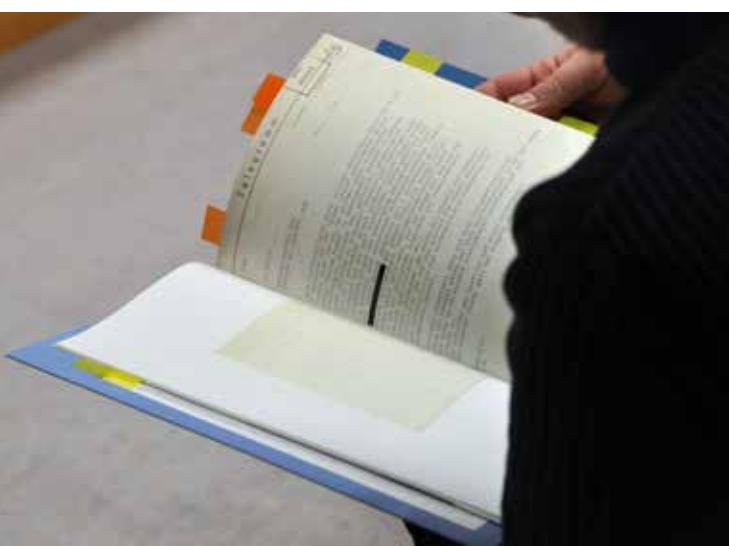
Im November 1988 traten Mitglieder von ROBIN WOOD aus dem Westen gemeinsam mit einigen – den Repressionen trotzenden – Aktiven der Ost-Berliner Umweltbibliothek in Aktion. Sie demonstrierten gegen die Lieferung von mehreren Hunderttausend Tonnen Sondermüll zur Müllverbrennungsanlage Schöneiche

Schornstein. Das war eine aufregende Aktion, die ziemlich viel Aufmerksamkeit erzeugt hat.“ Parallel schickten ROBIN WOOD-Vertreter*innen Regierenden in Ost und West Resolutionen. Im Schreiben an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker forderten sie, alle Umweltbelastungen in der DDR offen zu legen, die Arbeit der in der DDR tätigen umwelt-politischen Initiativen nicht zu behindern und drastische Maßnahmen zur Reduzierung der Schadstoffemissionen – insbesondere von den Braunkohlekraftwerken auf dem Gebiet der DDR – zu ergreifen. Ihre Forderungen garnierten sie mit einem Zitat aus der „Dialektik der Natur“ von Friedrich Engels: „Schmeicheln wir uns nicht zu sehr mit unseren Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an

uns.“ Die DDR-Oberen werteten den Protest als gefährliche „Grenzprovokation“. Es war nicht der erste dieser Art. Bereits am Nikolaustag 1983 hatten Aktivist*innen von ROBIN WOOD – kurz nach der Gründung ihrer Organisation – aus Protest gegen das Waldsterben Kronen von abgestorbenen Kiefern über die Mauer am Potsdamer Platz nach Ost-Berlin geworfen. Die Stasi hatte schon am Vortag von den Plänen einer „Umweltgruppierung Robin Hood“ gewusst. Denn die ROBIN WOOD-Aktivist*innen hatten zu ihrer eigenen Sicherheit vorab bei den Grenztruppen der DDR angerufen, die das an die Staatssicherheit meldeten. (s. Zeitzeugenbericht von Rolf Warschun, S. 18 und 19)

Bei einem weiteren Protest am 26. Juni 1984 war – nach Angaben der Nachrichtenagentur dpa „für die Grenzbeamten völlig überraschend“ – eine Gruppe Umweltaktivist*innen mit Bannern und einem Riesen-Würfel zwischen den Abfertigungsgebäuden am Grenzübergang Heinrich-Heine-Straße in West-Berlin aufgetaucht, um gegen die Abgase der Kraftwerke Buschhaus bei Helmstedt (BRD) und Vockerode (DDR) zu demonstrieren. Beide Anlagen verbrannten damals extrem schwefelhaltige Salzkohle.

Diese und weitere Aktionen an der innerdeutschen Grenze wurden von der Stasi ausführlich dokumentiert: Heimlich fotografierten Stasi-Leute die Aktionen und fertigten Berichte an. Sie sammelten umfangreich und legten eigens eine „Sachakte“ an. Die Stasi versuchte, sich auf diese Weise ein Bild zu machen, wer oder was ROBIN WOOD eigentlich war. Insbesondere die basisdemokratischen Strukturen dieser „gegnerischen Organisation“, die so ganz anders waren als die der militärisch und streng hierarchisch aufgebauten Stasi, gaben ihnen dabei offenbar Rätsel auf.



Ein Blick ins Geheime: ROBIN WOOD-Stasiakte



Dass die Informationen über Aktionen bis ganz nach oben an die Staatsspitze weitergeleitet wurden, ist ein Beleg dafür, wie ernst die Proteste genommen wurden. Es sollte verhindert werden, dass Daten über Umweltschäden öffentlich bekannt wurden und das Ansehen der DDR im In- und Ausland beschmutzten. Oder dass gar wichtige Devisen verloren gingen.

Wahrgenommen wurden die Proteste auch von Umweltschützer*innen aus der DDR, die dort Umweltbibliotheken aufgebaut hatten. Sie wandten sich an ROBIN WOOD, um Informationen etwa über das Waldsterben zu bekommen. Das war hochriskant, denn allein die Kontaktaufnahme war strafbar.

Im November 1988 traten dann sogar Mitglieder von ROBIN WOOD aus dem Westen gemeinsam mit einigen – den Repressionen trotzenden – Aktiven der Ost-Berliner Umweltbibliothek in Aktion. Sie demonstrierten gegen die Lieferung von mehreren Hunderttausend Tonnen Sondermüll zur Müllverbrennungsanlage Schöneiche und forderten den Stop der solcher Mülltransporte aus West- nach Ostdeutschland, an denen die DDR-Führung ein Interesse hatte, weil sie harte westdeutsche Währung einbrachten.

Die DDR und ihr Überwachungsapparat existieren längst nicht mehr. Das bietet die historisch seltene Chance, das Innenleben eines Geheimdienstes zu studieren und detailliert nachzuvollziehen, wie er gearbeitet hat – ein enormer Erkenntnisgewinn, zumal Ausforschung und Überwachung der Umwelt- und Klimabewegung leider auch mit dem Ende der DDR nicht Geschichte sind.

Ute Bertrand ist Pressesprecherin von ROBIN WOOD
ute.bertrand@robinwood.de

Wer oder was war ROBIN WOOD? Das interessierte die Geheimpolizei der DDR offenbar brennend. Protestaktionen in den 1980er Jahren an der innerdeutschen Grenze provozierten sie enorm. Sie nahm sie so wichtig, dass die Genossen Mielke und Honecker darüber informiert wurden



Um gegen die hohe Luftbelastung im Dreiländereck BRD, DDR und CSSR zu protestieren, besetzten am 28. Dezember 1988 ROBIN WOOD-Aktive den Grenzstreifen der DDR. Heliumgefüllte Ballons zogen die Botschaften der Aktiven dreisprachig weit sichtbar in den Himmel: Stop acid rain, Zabrant che-mickému desti, Schadstoffe kennen keine Grenzen

„Wir fühl'n uns gut, wir steh'n auf Berlin“

Wie ROBIN WOOD-Berlin am Nikolaustag 1983 gegen das Waldsterben demonstrierte und die DDR provozierte – ein Zeitzeugenbericht von Rolf Warschun.

Um der DDR-Regierung ihre Mitverantwortung für die Luftverschmutzung und das Waldsterben deutlich zu machen, wollten wir ihr abgestorbene Kiefernspitzen „aus heimischem Anbau“, sprich aus dem Grunewald, in ihre „schöne“ Grenzanlage am Potsdamer Platz in Berlin werfen. Doch wie sollten wir einen Arbeitsplatz in ca. vier Meter Höhe erstellen, so dass wir bequem die Baumspitzen nach drüben werfen und Reporter beider Seiten dies filmen könnten?

Eine Möbelspedition mit damals noch etwas linkem Anspruch „...mit Belegschaftsbeteiligung“ stellte, nachdem das Wort „Fernsehen“ gefallen war, ihren gefühlten größten Möbelwagen nebst Fahrer, tragfähiger Spanplatte und Leiter bereit. Soweit war für die Arbeitshöhe gesorgt. Den kleinen Fünftonner für die Baumspitzen haben wir dann selbst gemietet, allerdings hat uns die Firma nach der Aktion die Kosten erlassen.

Wegen einer früheren Aktion im Februar 1983 hatten wir viele Fans, eben auch einen Förster aus dem Berliner Grunewald, der uns unser Material zur Verfügung stellte. Blieb die Rechtslage: Ab 1945 galt für Gesamt-Berlin das alliierte Besetzungsstatut aus der Vier-Mächte-Erklärung. Die Alliierten behielten sich die Rechte für die geteilte Stadt vor, solange Deutschland geteilt war und keine Friedensregelung mit

allen vier Siegermächten existierte. Damit galt – übergeordnet über dem Recht der DDR und dem Recht der BRD – das Recht der Alliierten. Die Mauer stand im sowjetischen Teil. Im bundesdeutschen Recht gab es den Tatbestand des ungenehmigten Grenzübergangs nicht; soweit es nach DDR-Recht verboten war (und das war es), konnte die Staatsmacht aber wegen baulicher Hindernisse nicht zugreifen. Eine mögliche Verletzung von Besetzungsstatuten konnte nicht geklärt werden, weil diese nicht öffentlich zugänglich waren.

So haben wir uns gesagt, dass es so schlimm nicht sein würde, wenn keiner schießt. Und deswegen hatten wir uns die Telefonnummer der Grenztruppen der DDR im Abschnitt Ost-Berlin besorgt und am Tag vorher dort angerufen. Es war ein typisches Telefonat mit dem Staatsapparat, in dem nach Bekanntwerden des Themas der Angerufene mit Hinweis auf Verbindungsprobleme das Gespräch abbrach. (Da ich nach der Wende nach Magdeburg gegangen bin, hatte ich mit diesem Vorgehen öfter zu tun).

Bereits am 29. November wollten Ralf und ich, ausgerüstet mit reichlich Stahlhaken und mittelschweren Hämtern, schon mal ein paar Befestigungen in den „antiimperialistischen Schutzwäll“ prügeln (Grenzverletzung), damit am Aktionstag das Transparent schön hängen kann. Die Mauer erwies sich als hart. Kein Stahlnagel wollte hinein. Also versuchten wir uns an den Fugen. Welche Fugen? Die Bausoldaten hatten die Segmente so exakt platziert, dass zwischen die meisten buchstäblich kein Blatt Papier passte. Aber: So fünf bis sechs konnten wir versenken, bis ... ja bis



6. Dezember 1983: Die Bäume für die Aktion am Nikolaustag luden wir erst in einen Lkw und fuhren den dann an die Berliner Mauer. Um der DDR-Regierung ihre Mitverantwortung für die Luftverschmutzung und das Waldsterben deutlich zu machen, wollten wir die abgestorbenen Kiefernspitzen aus dem Grunewald über die Mauer in die Grenzanlage am Potsdamer Platz werfen

helles Scheinwerferlicht unsere Silhouetten als Schatten auf die Mauer warf. „Was machen Sie da?“, schnarrte es in scharfem Ton aus Richtung des Scheinwerfers. Mir blieb förmlich das Herz stehen, doch ich schaffte es noch, den Hammerstiel auf der abgewandten Seite in meinem Ärmel verschwinden zu lassen. „Ich seh' mir die Plakate an“, antwortete ich so unschuldig wie möglich, merkte aber auch, dass ich anfing zu zittern. „Das dürfen Sie nicht, Sie müssen sich von der Mauer entfernen.“ „Dann kann ich das aber nicht mehr lesen.“ „Das macht nichts, an die Mauer dürfen Sie nicht herantreten.“

Über diesen kleinen Disput verflog der Schreck. Im Ergebnis haben wir uns natürlich gefügt, so dass der Scheinwerfermann, es handelte sich um eine Ein-Personen-Zollstreife, zufrieden abzog, ohne unsere eigentlichen Aktivitäten bemerkt zu haben. Wir schwirrten ab und besprachen das Ganze in der Gruppe. Es gab keine Planänderung.

Die Aktion startete am Nikolaustag 1983 bei Nebel mit Nieselregen, kein Wind, knapp über Null Grad. Anfangs lief es planmäßig. Auf der Mauer entrollten wir ein Banner „In Ost und West stinkt's wie die Pest.“ Die Polizei beobachtete die Aktion mit ca. vier Streifenwagen, schritt aber nicht ein.

Als die Baumspitzen alle drüben lagen, wollten wir zum zweiten Teil des Aktionstages, zum Umwelt senator (West), Horst Vetter, und ihm das „Schwafelschwein des Monats“ überreichen. Und da wurde es noch einmal spannend. Unser Transporter fuhr gerade einige Meter über das matschige Gelände, da preschte ein Jeep der britischen Militärpolizei heran und blockierte die Weiterfahrt. Vom Fahrersitz glitt ein Offizier, winkte die Polizei mit dem Zeigefinger zu sich, besprach etwas und im Anschluss wurden meine beiden Mitstreiter Jens und Ralf festgenommen, der LKW festgesetzt und ich zum Dableiben verdonnert. Alle anderen von uns zogen ab zu Vetter. Blöd nur, dass in meinem Rucksack

die Trophäe war, also das Schwafelschwein. Irgendwie haben die anderen dann die Aktion dort über die Bühne gebracht und wir alle sagten uns hinterher: „Wir fühl'n uns gut, wir steh'n auf Berlin.“ In der Springer-Presse konnten wir später den Grund der Festnahme nachlesen: Verdacht auf Baumdiebstahl. Offenbar wollte niemand öffentlich erklären, dass auch die West-Alliierten die „Sektorengrenze“ schützten.

P.S.: Die eingeschlagenen Haken kamen dann doch noch zu Ehren. Nachdem bis auf die Streifenwagenbesatzung alle abgezogen waren, konnte ich unbemerkt das andere Transparent „Stoppt den sauren Regen aus Ost und West – ROBIN WOOD“ an die Mauer hängen und fotografieren.

*Rolf Warschun, ROBIN WOOD-
Regionalgruppe Berlin, 1982-1985*

„Einblick ins Geheime“

Jede*r einzelne hat heute das Recht, Zugang zu den von der Stasi zu seiner Person gesammelten Informationen zu bekommen, um die Einflussnahme des Geheimdienstes auf sein persönliches Schicksal aufzuklären. Die Beispielaktensammlung, die im Stasi-Unterlagen-Archiv ausgestellt ist, wird regelmäßig erweitert. Wer sich vorstellen kann, seine Akte für dieses Projekt ungeschwärzt (in Bezug auf seine Person) zur Verfügung zu stellen, kann sich an das Stasi-Unterlagen-Archiv wenden.

Die Ausstellung „Einblick ins Geheime“, zu der die Beispielaktensammlung gehören, kann kostenlos besichtigt werden. Ort: Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie, Normannenstraße 21a, Haus 7, 10365 Berlin, Öffnungszeiten: Montag bis Freitag: 10:00 – 18:00 Uhr sowie Samstag und Sonntag: 11:00 – 18:00 Uhr (außer an den Weihnachtstagen, Silvester und Neujahr)



Aktion bei Nebel und Nieselregen. Anfangs lief alles planmäßig und unser Transparent: „In Ost und West, stinkt's wie die Pest“ war gut zu sehen. Die Baumspitzen warfen wir allesamt über die Mauer in den Grenzstreifen. Doch dann brauste ein Jeep der britischen Militärpolizei heran



Fotos: Cécile Lecomte

Zukunft statt Asphalt

*Am 13. Dezember besetzte in Lüneburg eine Gruppe Aktivist*innen mit Plattformen einige Bäume im Waldstück „Lüner Heide“. ROBIN WOOD und andere lokale Gruppen, wie das Klimakollektiv Lüneburg, unterstützten die Besetzung in den Folgetagen mit einer Mahnwache und solidarischer Hilfe.*

Auch wenn die A39 nicht auf der Liste der 23 finanzierten Bauprojekte des Verkehrsministeriums im Herbst 2025 auftauchte, wurden auch hier bereits erste Vorbereitungen getroffen, um das Autobahnprojekt umzusetzen. So schrieb die Autobahn GmbH erste Rodungen und andere bauvorbereitende Maßnahmen aus und widmete eine Bundesstraße in der Nähe des Waldes in einen Autobahnabschnitt um. Es sollen also bereits Fakten geschaffen werden, noch bevor eine Baufreigabe erteilt wird bzw. durch z. B. Klagen des BUND verhindert werden kann.

Dass im öffentlichen Diskurs rund um das über 100 Kilometer lange Neubauprojekt immer wieder von einem „Lückenschluss“ gesprochen wurde, schlägt in eine ähnliche Kerbe: Der Autobahnbau zwischen Wolfsburg und Lüneburg durchschneidet mehrere FFH- und Naturschutzgebiete, sorgt für Lärm- und Feinstaubbelastung und heizt die Klimakrise an. Trotzdem wird das Projekt, das vor allem der Industrie einen Transportweg zum Hamburger Hafen schaffen soll, als notwendig und quasi bereits realisiert dargestellt. Dem stellten sich in diesem Winter die Aktivist*innen in der Besetzung „Lüni bleibt“ entgegen und machten so deutlich, dass sie mit der ungebrochenen Politik der Automobilität nicht einverstanden sind.

Der Neu- und Ausbau von Autobahnen ist auch unter Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) verkehrspolitische Realität. Damit geht die Bundesregierung weiter den Weg ihrer Vorgängerin: Klimaziele im Verkehrssektor werden missachtet, eine Mobilitätswende bleibt politisches Randprojekt auf dem Papier. Deshalb ist es nur folge-

richtig, dass der Koalitionsausschuss im Oktober Gelder für den Autobahnneubau freigegeben hat. Dafür nutzte er Gelder aus dem 500 Milliarden Euro schweren Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität, indem er Mittel aus dem Verkehrsetat verschob. Die Bundesregierung schuf folglich neue Möglichkeiten für den Straßenneubau: Der Verkehrsminister kann über sogenannte Deckelungskreisläufe Verkehrsinvestitionen zwischen Neubau und Sanierung verschieben und damit selbstständig entscheiden, wofür das Geld genutzt wird. Der Grundsatz „Erhalt vor Neubau“ wird so aufgegeben.

Aus den genehmigten Geldern des Koalitionsausschusses wurde anschließend vom Verkehrsministerium eine Liste mit 23 baureifen Projekten extrahiert, für die nun die Finanzierung steht und die Baufreigabe erteilt wurde. Mit dabei in dieser Runde ist zwar nicht die A39, aber dafür die „Küstenautobahn“ A20, für deren Bau viele Moore, die als Kohlenstoffspeicher dienen, zerstört werden. Aber auch Abschnitte der A1 in Rheinland-Pfalz oder der A3 in Bayern sind dabei.

Neben diesen gravierenden ökologischen Fehlentscheidungen will die Bundesregierung nun auch das Recht der Umweltverbände einschränken, gegen die Planungen der Autobahn GmbH vorzugehen. Bisher war neben Protesten und Besetzungen das Verbandsklagerecht ein wichtiges Mittel, um gegen Klima- und Naturzerstörung aktiv zu werden. Durch das vom Verkehrsministerium eingebrachte Infrastruktur-Zukunftsgesetz sollen Bauvorhaben wie Autobahnneubau und Brückensanierung beschleunigt werden, indem die Projekte als priorität im Genehmigungsverfahren bevorzugt werden. Dann können sie nicht mehr durch eine Verbandsklage blockiert werden. Dies widerspricht auch EU-Recht (s. Trianel-Verfahren vom 12.05.2011, Europäischer Gerichtshof, EuGH).

Die Aktivist*innen in Lüneburg hielten über Weihnachten und Neujahr, bei Sturm und Schneefall die Besetzung

aufrecht. Am 12. Januar wurde die Besetzung dann schließlich geräumt, die gebauten Baumhäuser von den Bäumen gerissen und die Besetzung damit erst einmal beendet.

Mit Protesten an den Orten der Zerstörung müssen wir in dieser schwierigen politischen Situation weiter aktiv bleiben. In Lüneburg zeigen wir unser Missfallen mit den politischen Entscheidungen der Bundesregierung. Proteste und Mobilisierung vor Ort sind wichtiges Handwerkszeug gegen Projekte, die die Klimakrise verschärfen. Denn Menschen, die sich trotz Rechtsruck und multiplen Krisen noch für Klimagerechtigkeit einsetzen, sind das Zentrum politischer Veränderungen von unten.

Ein anderer Weg sind Klimaklagen. Nachdem diesen Sommer in Südfrankreich das Autobahnprojekt A69 mitten im Bau wegen einer Klimaklage gestoppt wurde, ist auch die erfolgreiche Klage gegen den Bau der A26 Ost ein wichtiges Zeichen: Hier argumentierte das Gericht, eine kürzere und klimaschonende Variantenplanung sei von der Behörde nicht entsprechend geprüft worden. Damit ist die Umsetzung der A26 Ost erst einmal wieder in weite Ferne gerückt.

Es ist wichtig weiter für Klimagerechtigkeit einzustehen und für die Mobilität von uns allen zu streiten. Für diejenigen, die gute Radwege auf dem Weg in die Uni oder zum Arbeitsplatz brauchen. Für alle, die für ein Nachtflugverbot kämpfen. Für alle, die günstig und pünktlich mit dem Zug zur Arbeit oder zu Freund*innen fahren möchten. Und für all jene, deren Mobilität von vielen Barrieren behindert wird, wenn sie mit einem Rollstuhl oder Kinderwagen ihre alltäglichen Wege zurücklegen möchten. Wir alle brauchen andere Verkehrslösungen als neue Autobahnen!

**Annika Fuchs, ROBIN WOOD-
Mobilitätsreferentin**



Foto: ÖBB/Scheiblecker

Österreich investierte 20,4 Milliarden Euro in die Bahninfrastruktur. Das führte zu einer heimischen Wertschöpfung von bis zu 24,4 Milliarden Euro und zu Beschäftigungseffekten von 230.000 Jahresarbeitsplätzen in 16 Jahren

Was Deutschland von Österreichs Bahnerfolg lernen kann

Laura Porak und Lukas Cserjan haben in ihrer Studie „Mobilitätswende produzieren“ die Gründe für den Erfolg der österreichischen Bahnindustrie erforscht. In diesem Artikel präsentieren sie ihre Ergebnisse und diskutieren, was Deutschland vom „Bahnland“ Österreich lernen kann.

Die Mobilitätswende ist ein zentraler Baustein für das Erreichen der Klimaziele in der Europäischen Union (EU). Der Verkehrssektor verursacht rund 28 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen und verzeichnet im Gegensatz zu anderen Sektoren seit 1990 keinen Rückgang. Zugleich bietet der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel, insbesondere der Bahn, nicht nur ökologische, sondern auch soziale und ökonomische Chancen. Dazu zählen emissionsärmerer Verkehr, gleichberechtigter Zugang zur Mobilität, wirtschaftliche Impulse durch öffentliche Infrastrukturinvestitionen und gut bezahlte Jobs in der Schienengenproduzierenden Industrie.

Die Ergebnisse unserer Studie „Mobilitätswende produzieren“ zeigen: In Österreich führen 20,4 Milliarden Euro Investitionen in die Bahninfrastruktur zu einer heimischen Wertschöpfung von bis zu 24,4 Milliarden Euro, Beschäftigungseffekten von bis zu 230.000 Jahresarbeitsplätzen über 16 Jahre sowie gesteigerten Staats- einnahmen. Besonders profitiert der Bausektor, aber auch zahlreiche vor- und nachgelagerte Branchen wie etwa die Stahlindustrie oder die Elektrotechnik. Gerade wegen der Wirkung der Infrastrukturinvestitionen über unterschiedliche Sektoren hinweg, sind diese gut geeignet, langfristige wirtschaftliche Dynamiken anzustoßen.

Der qualitative Teil des Projekts beleuchtete die Stärken und Herausforderungen für die österreichische Bahnindustrie. Der Sektor zeichnet sich durch eine hohe Exportquote, starke Innovationskraft und eine Vielzahl spezialisierter Nischen-Weltmarktführer aus, die

sehr gute Arbeitsbedingungen bieten. Gleichzeitig bestehen Herausforderungen etwa durch die angestiegenen Energiepreise, Bürokratie und internationale Konkurrenz, insbesondere durch chinesische Anbieter. Darauf aufbauend werden mögliche industriepolitische Maßnahmen für die Schienenzuliefererindustrie diskutiert.

Die Studie zeigt, dass eine erfolgreiche Mobilitätswende mehr als nur Investitionen in Infrastruktur braucht. Eine effiziente Verwendung von industriellen Kapazitäten erfordert eine gute Koordination der Politik in den Bereichen Industrie, Arbeitsmarkt, Bildung und Verkehr.

Die gezielte Förderung der Bahnindustrie (besonders auf europäischer Ebene) kann Österreichs Rolle als internationalen Innovationsstandort stärken und neue Perspektiven für vom Strukturwandel betroffene Regionen eröffnen. Das gilt auch für Deutschland.

Vor diesem Hintergrund wird folglich diskutiert, was Deutschland vom „Bahnland“ Österreich lernen kann. Vorbildhaft sind vor allem das konsequente Commitment der österreichischen Politik, die langfristigen Investitionspläne für die Schieneninfrastruktur und die daraus folgende Stabilität des Heimmarktes. Diese Faktoren werden in unserer Studie als zentrale Voraussetzungen für einen erfolgreichen und zukunftsorientierten Ausbau des Bahnsektors identifiziert.

Ein breites politisches Commitment als Basis für industrielle Stärke

In Österreich besteht seit geraumer Zeit ein breites politisches Bekenntnis zur Bahn, das sich auch in der Höhe der öffentlichen Investitionen in den Sektor widerspiegelt. Österreich investiert pro Kopf jährlich etwa 336 Euro in die Schieneninfrastruktur – im Vergleich dazu lag der Wert in Deutschland bis 2020 jährlich bei weit unter 100 Euro, dann bei 115 Euro und seit diesem Jahr auf einem neuen Rekordwert von 198 Euro.

Im Vergleich zu Österreich ist dies immer noch zu wenig. Dazu ist jedoch auch ein Bekenntnis zu den Klimazie- len, besonders auf sektoraler Ebene, von zentraler Bedeutung, da ansonsten die politische Glaubwürdigkeit fehlt. Öffentliche Investitionen wirken zugleich in wirtschaftlichen Flauten als ein Impulsgeber, sichern Beschäftigung und können weitere private Investitionen in Gang setzen. Die hohen Investitionen pro Kopf in Schiene und Straße wirken, wie unser Input-Output Modell zeigt, als Konjunkturmotor.

Demgegenüber werden die Möglichkeiten für Investitionen in Deutschland nicht ausreichend genutzt. Zwar hätte Deutschland mit dem Sondervermögen trotz Schuldenbremse erheblichen fiskalischen Spielraum. Dieser wird jedoch nicht für einen strukturellen Bahnausbau genutzt, sondern politisch zersplittet und kurzfristig verausgabt. Statt gezielt in den Ausbau und die Modernisierung des Netzes zu investieren, werden Ausgaben aus dem Kernhaushalt verschoben und für

kurzfristige Maßnahmen oder Wahlgeschenke verwendet. Dies schmälert den Aufschwung im Sektor und bremst den langfristigen Wandel.

Langfristige Rahmeninvestitionspläne und Zielnetze

Eine der größten Stärken Österreichs in Bezug auf Infrastrukturausbau ist die systematische Aufstellung von langfristigen Plänen, den „Zielnetzen“ und die konkrete Operationalisierung in Bauprojekte. Die Zielnetze werden für 10 bis 15 Jahre abgeschlossen. Aktuell gibt es das „Zielnetz 2040“, das Pläne für die neueste Ausbauphase bis 2040 enthält.

Neben diesen langfristigen Plänen gibt es sogenannte Rahmeninvestitionspläne, die jeweils für fünf Jahre abgeschlossen werden und die konkreten Baupläne für diese Periode umreißen. Die Rahmeninvestitionspläne werden jedoch jährlich neu an die Finanzbedarfe angepasst, damit wichtige Ausbaumaßnahmen nicht wegen Material- oder Lohninflation nach hinten verschoben werden müssen. Diese Pläne geben Bahnunternehmen Planungssicherheit für eigene Investitionsentscheidungen und ihre wiederkehrende Überarbeitung erlaubt eine flexible Anpassung an aktuelle Herausforderungen sowie die Priorisierung nach gesamtwirtschaftlichem Nutzen.

Deutschland hat, ähnlich wie das Zielnetz 2040, den „Deutschlandtakt“ verabschiedet. Doch im Gegensatz zu Österreich, wo die Einhaltung der verabschiedeten Zeithorizonte fast eine Selbstverständlichkeit ist, werden in Deutschland die Ziele des Deutschlandtaktes immer wieder verschoben. Anfangs gab es die ambitionierte Zielsetzung von 2030, was jedoch alleine wegen ökonomischer Kapazitätsgrenzen unrealistisch war. Die wurde dann auf 2050 geschoben. Aber diese Zielsetzung wurde dann auch immer wieder angezweifelt, auch aus dem Verkehrsministerium selbst. Es wurde sogar mit einer Fertigstellung 2070 geliebäugelt. Für Unternehmen, die Investitionsentscheidungen treffen müssen, ist dies natürlich ein großes Problem.

Stabile Nachfrage erhöht Wettbewerbsfähigkeit

Das politische Commitment zur Bahn als zentralem Verkehrsträger gewährleistet in Österreich eine fortlaufende Nachfrage nach öffentlichen Aufträgen für heimische Unternehmen. Die Transparenz und Verlässlichkeit dieser Aufträge erlauben es österreichischen Firmen, zukunftsweisende Projekte zu realisieren. Diese dienen als wichtige Bewerbungsgrundlage bei internationalem Ausschreibungen und stärken so die gesamte Bahnindustrie nachhaltig. Für Deutschland bleibt festzuhalten, dass eine stärkere, langfristige Verankerung von Bahnprojekten sowie eine ambitionierte, konsequent umgesetzte Industriepolitik zentrale Ingredienzen für eine Mobilitätswende und wirtschaftliche Stabilität sind.

Bahnindustrie kann Krise in der Automobilindustrie abfedern

Wer also Investitionen konsequent priorisiert, für stabile politische Unterstützung sorgt und eine klare, langfristige Perspektive vorgibt, schafft beste Voraussetzungen für Bahnindustrie, Beschäftigung und Klimaschutz. Bahn ausbau ist dabei nicht per se progressiv. Historisch wurden Schienennetze oft für industrielle, koloniale oder militärische Zwecke errichtet, nicht für soziale Mobilität. Eine sozial-ökologische Mobilitätswende erfordert daher, Infrastrukturpolitik explizit an zivilen, sozialen und klimapolitischen Zielen auszurichten und militärische sowie rein industriegetriebene Ausbaupfade zurückzuweisen.

Laura Porak, Mobilitätsexpertin aus Linz und Lukas Cserjan, Ökonom am Linz Institute for Transformative Change

Einem Mixed-Method-Ansatz folgend analysierten die Autor*innen mit einem 5-köpfigen Forschungsteam in der Studie „Mobilitätswende produzieren“ die wirtschaftlichen Auswirkungen eines groß angelegten Schienennetzausbau bis 2040 mittels einer Input-Output-Analyse.



Nachdem den Arbeiter*innen des Autozulieferbetriebs über Nacht gekündigt wurde, starteten sie eine permanente Betriebsversammlung vor dem Unternehmen, die bis heute andauert. Hier spricht Dario Salvetti vom Vorstand des Fabrikkollektivs bei der 3. Genossenschaftsversammlung auf der Piazza Poggi in Florenz

Fabrikkollektiv: Sozial-ökologische Wende von unten

Seit über vier Jahren kämpft das Fabrikkollektiv ex GKN in Italien für seine erste öffentliche sozial-integrierte Fabrik. Die Solidarität im Land und international ist groß. Denn es ist ein Leuchtturmbeispiel dafür, wie die sozial-ökologische Transformation von unten gelingen kann.

2019 kaufte der britische Investmentfonds Melrose die GKN Fabrik in Campi Bisenzio bei Florenz. Der damalige Betriebsrat Dario Salvetti, die treibende Kraft hinter dem Kollektiv, fürchtete, dass Melrose vor allem Geld aus der

Fabrik schlagen wolle und sich nicht um die Arbeiter*innen schere.

Nicht allen Arbeiter*innen war klar, was die Übernahme bedeutete und viele von ihnen waren nicht stark politisiert. Eine Gruppe von Arbeiter*innen organisierte regelmäßige Treffen, um alle in den Diskussionsprozess einzubziehen, Informationen weiterzugeben und vor allem das Vertrauen im Kollektiv und die Gemeinschaft zu stärken. Als dann Melrose den mehr als 400 Arbeiter*innen am 9. Juli 2021 über Nacht kündigte, verabredeten sie sich

sofort vor dem Autozuliefererbetrieb und eröffneten dort eine permanente Betriebsversammlung, die bis heute, also über 1600 Tage, andauert.

Anfangs wollten sie mit der permanenten Betriebsversammlung die Schließung der Fabrik verhindern und die Arbeitsplätze erhalten. Doch mit der Zeit wurde klar, dass der Autozuliefererbetrieb GKN, in dem die Arbeiter*innen Antriebswellen herstellten, keine Zukunft hat – so wie viele andere Betriebe in der Automobilbranche. In ihren Diskussionen über zukunftsfä-

hige Produkte ging es darum, wie sie arbeiten wollen, was sie unter guter Arbeit verstehen und welche Arbeit oder Produktion für die Zukunft gebraucht wird und damit auch nachhaltig ist. Eine Konversion des Betriebs hin zu einer nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Produktion war ihre Lösung für den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Zwischenzeitlich hatten die Arbeiter*innen erfolgreich gegen ihre Kündigung geklagt. Dann verkaufte Melrose die Fabrik an Francesco Borgomeo, der zuvor Berater bei dem Investmentunternehmen war. Das Kollektiv unterbreitete seine Ideen mit dem neuen Besitzer, Politiker*innen und Gewerkschaften am runden Tischen. Doch aus dem Versprechen Borgomeos, Investoren für eine Betriebskonversion und nachhaltige Produktion zu gewinnen, wurde nichts.

Stattdessen stoppte Borgomeo die Gehaltszahlungen an die Arbeiter*innen. Dem Kollektiv war klar, dass sie sich Bündnispartner im Kampf gegen die Kapitalinteressen suchen müssen.

Intern gab es hitzige Diskussionen über die Ausrichtung des Kollektivs. Doch am Ende einigten sich die Mitglieder des Kollektives, dass sie statt Antriebswellen für Autos Lastenräder und Solarmodule herstellen wollten.

Mit dieser nachhaltig ökologischen Ausrichtung eröffneten sich dem Kollektiv neue Bündnisse in der Klimagerechtigkeitsbewegung. Gemeinsam mit Fridays for Future Italien brachten sie beim Global Strike im März 2022 über 40.000 Teilnehmende auf die Straße. Seitdem zählen Wissenschaftler*innen, Studierende und verschiedene Gruppen aus der Klimagerechtigkeitsbewegung sowie andere soziale und politische Bewegungen zum Kreis der Unterstützer*innen. Gemeinsam mit dem Politikwissenschaftler Leonard Mazzone und anderen Expert*innen entwickelten sie einen Geschäftsplan.

Im Frühjahr 2023 startete das Kollektiv seine erste Crowdfunding-Kampagne. Bis dahin lebten die Arbeiter*innen von Spenden eines dafür gegründeten Vereins. Mit dem Crowdfunding sollten

die Arbeiter*innen, die weder Gehalt noch soziale Leistungen erhielten, unterstützt werden. Aber es sollte auch ein erstes Startkapital für die Umsetzung des Geschäftsplans eingesammelt werden.

Beim zweiten Jahrestag der Kündigung und des Widerstands kamen in Campi Bisenzio auf dem Fabrikgelände Unterstützergruppen aus Italien und ganz Europa zusammen. Allein aus Deutschland war eine Delegation von 30 Leuten, davon die meisten vom Bündnis #wirfahrenzusammen, angereist. Über mehrere Tage diskutierten die Teilnehmenden in Workshops die schwierige Situation von Arbeiter*innen sowie der Klimagerechtigkeitsbewegung und besprachen gemeinsame Ziele. Am Abend fand vor dem Werkstor ein Fest mit Musikbands und Reden statt. Anschließend zog eine Demonstration durch Campi Bisenzio. Dieser Zusammenhalt im Kollektiv und mit den Unterstützergruppen trägt ex GKN und den Widerstand bis heute – trotz aller Widrigkeiten und Rückschläge. „Mu-

tualismo“, was so viel wie Gegenseitigkeit, gegenseitig für einander einstehen, sich unterstützen und solidarisch sein bedeutet, hat für das Kollektiv eine herausragende Bedeutung.

Im August 2023 gründete das Kollektiv dann die Genossenschaft ex GKN FOR FUTURE (GFF). Die Arbeiter*innen haben als Mitglieder eine besondere Stimmengewichtung. Außerdem sind andere Gruppen, Vereine und Organisationen aufgerufen, Anteile zu zeichnen. So gibt es jetzt Genossenschaftsmitglieder in ganz Europa, die so die Konversion des Betriebs und den Aufbau der ersten öffentlichen sozial-integrierten Fabrik für Lastenräder und Solarmodule mitfinanzieren. Gleichzeitig sollen aber diese Gruppen und Initiativen wie ein Korrektiv auf die Prozesse bei GFF wirken und immer wieder überprüfen, ob Produktion und die Demokratisierung der Arbeit noch den verabredeten Kriterien für eine nachhaltige, ökologischen Produktion und den gemeinwohlorientierten Zielen entsprechen. Der Geschäftsplan



Fotos: Kathy Ziegler

Die Arbeiter*innen des neuen Fabrikkollektivs möchten statt Teile für die Autoindustrie in Zukunft Lastenräder und Solarmodule herstellen, hier bei der 3. Genossenschaftsversammlung in Florenz



Fotos: Kathy Ziegler

Demo am 11. Juli 2025 anlässlich des 4. Jahrestags der Kündigung und dem Beginn der permanenten Betriebsversammlung in Florenz

steht, eine erste Kapitalgrundlage mit annähernd zwei Millionen Euro Volksanteilen, weiteren sechs Millionen Euro Kredit- und Investitionszusagen sowie Vorabverträge für Solarmodule liegen vor. Aber Borgomeo will die Fabrik nicht an GFF verkaufen.

Die Politik könnte handeln und Gesetze anwenden, wie das Marcora Gesetz von 1985, laut dem brachliegende Unternehmen an Arbeiterkollektive übergeben werden können. Als Startkapital würden sie dann das kumulierte Arbeitslosengeld erhalten. Das

Kollektiv ergriff aber selbst die Initiative, erarbeitete mit Jurist*innen einen Gesetzesentwurf und schlug ihn der regionalen Politik in Florenz vor. Die Region solle ein Industriekonsortium zur Reindustrialisierung einrichten, das aus Vertreter*innen der Gemeinden rund um die Fabrik sowie der Region Toscana und der Metropolstadt Florenz bestehen soll.

Und sie hatten Erfolg! Im Dezember 2024 wurde das Gesetz beschlossen. Dann dauerte es aber bis Ende Juli 2025, nachdem das Kollektiv schon den

vierten Jahrestag gefeiert und die 3. Genossenschaftsversammlung abgehalten hatte. Doch das Industriekonsortium ist immer noch nicht komplett, deshalb nicht handlungsfähig und kann die Fabrik nicht an GFF übertragen.

Im Dezember 2025 startete wieder ein Crowdfunding, um den Kampf des Kollektivs zu unterstützen und die Kapitalgrundlage zu erweitern. Denn mittlerweile macht einer der Großinvestoren seine Zusage von einer breiten Kapitalbasis mit Volksanteilen abhängig. GFF sucht auch nach einer Alternative zu der GKN-Fabrik, aber bislang konnte kein geeignetes Objekt gefunden werden.

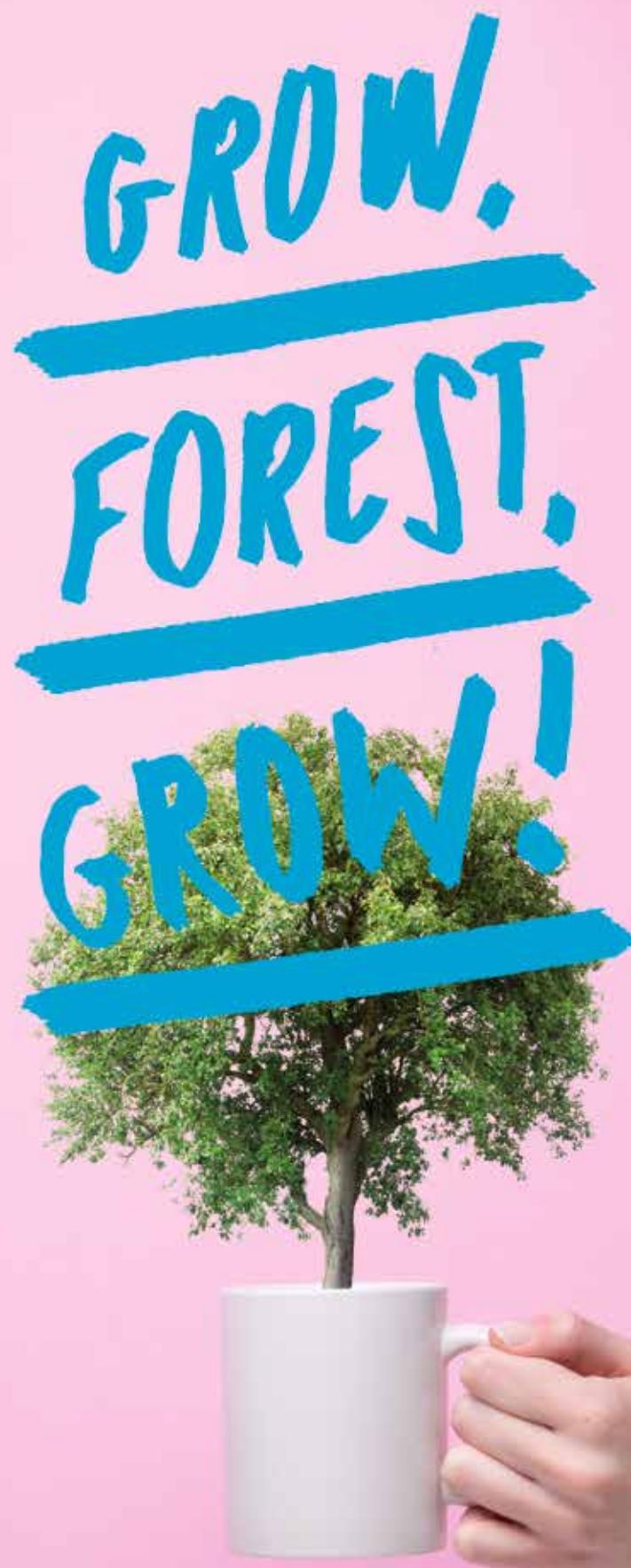
In diesem zermürbenden Kampf ist das Kollektiv weiter aktiv, organisiert Demos und Versammlungen, zu denen auch immer wieder prominente Unterstützung anreist wie Greta Thunberg am 25. November 2025. Die breite Unterstützung der vielen sozialen und politischen Bewegungen und der Bevölkerung ist immer noch da. International blicken alle gespannt nach Campi Bisenzio, auf den Kampf, der vielen als Beispiel gilt. Sie hoffen, dass es dem Kollektiv und GFF am Ende gelingt, die erste öffentliche sozial-integrierte Fabrik zu eröffnen.

Kathy Ziegler
klimagewerkschafter@bwup.de

Werkstor von GKN in Campi Bisenzio. Der Ort, der permanenten Betriebsversammlung seit mehr als 1600 Tagen



#jederkenntdiealternative



Damit Pappbecher, Verpackungen und Büropapier nicht zu einem unlösbar Problem für Umwelt & Zivilisation werden, benutzt du sie am besten gar nicht erst. Alternativen kennt jeder: Porzellantassen, Pizza nicht im Karton anliefern lassen und zu Papier mit dem Blauen Engel greifen. So einfach ist das.





Foto: Rudolf Fenner

Baum des Jahres 2026

Die Zitter-Pappel

Schon ein leichter Wind bringt die Blätter der Zitterpappel zum Flirren und verleiht ihr ein fast lebendiges, tanzendes Aussehen. Doch nicht nur ihre Erscheinung macht sie besonders – sie ist auch für viele Tiere und Pflanzen von großer Bedeutung. Als Pionierbaum besiedelt sie schnell offene Flächen, regeneriert geschädigte Wälder und bietet zahlreichen Arten einen Lebensraum. Mehr als 60 Schmetterlingsarten nutzen ihre Blätter als Futterquelle, Spechte zimmern Höhlen in das weiche Holz, und viele Singvögel finden hier Nahrung.

Die Zitterpappel ist in fast ganz Europa, weiten Teilen Asiens und sogar im nördlichen Afrika heimisch. Sie wächst auf frischen bis mäßig trockenen, nährstoffreichen Böden und kommt vom Tiefland bis in Höhen von 2.000 Metern vor. Besonders häufig begegnet man ihr an Waldrändern, auf Kahlschlägen, in lichten Wäldern oder als Solitär in offenen Landschaften. Dank ihrer Fähigkeit, sich über Wurzelausläufer zu vermehren, kann sie nach Störungen wie Sturm oder Feuer rasch neue Bestände bilden.

Mit einer Höhe von 15 bis 25 Metern – in Ausnahmefällen sogar bis 35 Meter – ist die Zitterpappel ein mittelgroßer, rasch wachsender Baum. Ihre lockere, rundliche Krone und der schlanke Stamm verleihen ihr eine elegante Erscheinung. Junge Bäume tragen eine glatte, graugrüne Rinde, die im Alter dunkler wird und längsrissig aufbricht.

Besonders charakteristisch sind ihre rundlichen bis herzförmigen Blätter mit seitlich abgeflachtem Stiel: Sie reagieren selbst auf die kleinste Brise und beginnen zu „zittern“. Im Frühjahr, noch vor dem Blattaustrieb, erscheinen die Blüten – männliche purpurfarbene und weibliche grünliche Kätzchen. Aus ihnen entwickeln sich kleine Kapsel-

früchte, deren watteartige Samen der Wind weit verbreitet.

Unter der Erde ist die Zitterpappel nicht weniger beeindruckend: Ihr weit verzweigtes Wurzelsystem bringt immer wieder neue Triebe hervor, sodass ganze Haine genetisch identischer Bäume entstehen. Ein berühmtes Beispiel ist „Pando“ in Utah, USA. Ein gewaltiger Klon der Amerikanischen Zitterpappel, *Populus tremuloides*, der als größter lebender Organismus der Welt gilt.

Auch für den Menschen war und ist die Zitterpappel von Bedeutung. Ihr Holz ist hell, leicht und gut zu bearbeiten – ideal für Zündhölzer, Sperrholz, leichte Möbel oder die Papierproduktion. In früheren Zeiten nutzte man junge Blätter als Zutat für Salate oder fermentierte sie als Vitamin-C-reichen Ersatz für Sauerkraut. Die Rinde enthält Salicylate, die traditionell gegen Fieber, Schmerzen und rheumatische Beschwerden verwendet wurden.

In der Forstwirtschaft spielt die Espe eine wichtige Rolle, weil sie als Pionierbaum karge Flächen schnell begrünt, den Boden verbessert und die Biodiversität fördert. Ihr schlanker Wuchs und die leuchtend gelbe Herbstfärbung machen sie außerdem zu einem beliebten Zier- und Alleebaum. In offenen Agrarlandschaften wird sie gerne gepflanzt, um Winderosion zu verringern.

Mit der Wahl der Zitterpappel zum Baum des Jahres 2026 steht eine Baumart im Mittelpunkt, die auf vielfältige Weise unser Ökosystem bereichert. Ihr lebendiges Spiel im Wind erinnert uns daran, dass Bäume mehr sind als bloße Landschaftselemente – sie sind ein wichtiger Teil der Natur, den es zu bewahren gilt.

Stefan Meier und Lil Wendeler

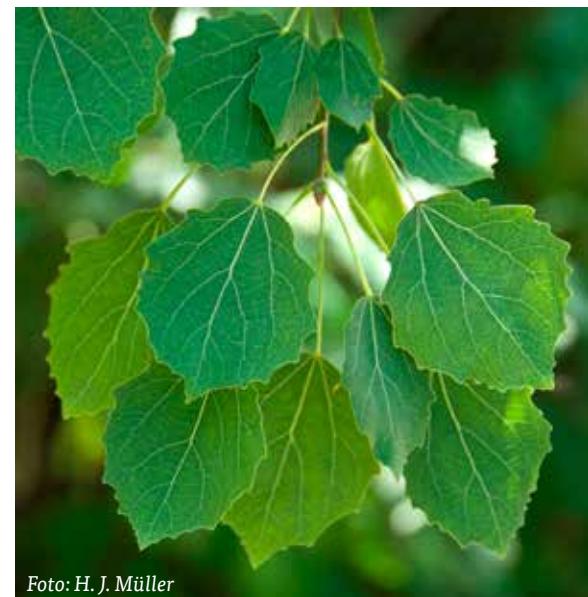


Foto: H. J. Müller

Die rundlichen bis herzförmigen Blätter mit seitlich abgeflachtem Stiel beginnen bei der kleinsten Brise zu zittern



Baum des Jahres
Dr. Silvius Wodarz Stiftung

Die Zitter-Pappel
Populus tremula



Foto: Rudolf Fenner

Baum des Jahres 2026



Pflanzen – Schützen – Pflegen – Nutzen

Dieser Ausgabe des ROBIN WOOD-Magazins liegt ein Flyer „Die Zitterpappel“ bei. Falls Sie mehr Exemplare wünschen, melden Sie sich bitte unter info@robinwood.de



Foto: Moritz Heck

Berlin, 21. Oktober 2025: Aus Protest gegen das Verfeuern von Holz in Kraftwerken entrollten Aktivist*innen von ROBIN WOOD und Biofuelwatch auf dem Teufelsberg ein 20 Meter langes Banner

Holzheizkraftwerk in Berlin darf nicht genehmigt werden!

Das Land Berlin könnte verpflichtet sein, als Gesellschafter auf eine Rücknahme des Antrags zum geplanten Holzheizkraftwerk in Berlin am Standort Reuter-West hinzuwirken. Zu diesem Schluss kommt ein von NABU, Biofuelwatch, ROBIN WOOD, DUH und BUND Berlin beauftragtes juristisches Kurzgutachten. Dieses wurde am 9. Januar 2026 zusammen mit einer ausführlichen Stellungnahme von einem großen Bündnis von Umweltschutzorganisationen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung im Genehmigungsverfahren zum geplanten Holzheizkraftwerk eingereicht. Zu dem Bündnis gehören die in der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz (BLN) organisierten Verbände sowie ROBIN WOOD, Biofuelwatch, NABU, DUH, Powershift und andere.

Insbesondere die Einstufung der Holzverbrennung als „CO₂-freie“ Wärme, die das Berliner Energiewende- und Klimaschutzgesetz für die künftige Fernwärme vorschreibt, ist aus wissenschaftlicher Sicht nicht haltbar. Der angenommene positive Klimaschutzeffekt sei nicht zutreffend und damit schon die Grundannahme und die darauf basierende Abwägung der Schutzgüter falsch. „Unter zutreffender Berücksichtigung der tatsächlichen Klimawirkung der Holzverbrennung müsste die Abwägung anders ausfallen“, so das Gutachten.

Jana Ballenthien von ROBIN WOOD erklärt: „Der Berliner Senat muss die Planungen jetzt stoppen! Die Verbrennung von Holz setzt in erheblichem Maße CO₂ frei. Es ist absurd, das Altholz zu verbrennen, statt es wie bisher zu recyceln. Das ist das Gegenteil von Klimaschutz und widerspricht allen kommunal gesetzten Ansprüchen!“

Luzie Arndt von Biofuelwatch ergänzt: „Auch bei den Luftschadstoffen, besonders beim Feinstaub PM2,5, bestehen Zweifel an der Genehmigungsfähigkeit. Die Grenzwerte werden 2030 verschärft. Schon jetzt liegt die Feinstaubbelastung darüber. Im Genehmigungsverfahren fehlt bisher die Prüfung der zusätzlichen Emissionen in der Gesamtbilanz.“

„Die BEW und der Berliner Senat sollten den Antrag zurückziehen und stattdessen die Fernwärme auf wirklich klimafreundliche Technologien umstellen. Bisher scheint nicht geplant zu sein, das Geothermie-Potenzial im Berliner Westen zu erkunden. Dabei ist mit guten Potenzialen durchaus zu rechnen. Statt knapp 250 Millionen Euro in eine veraltete, klimaschädliche Verbrennungstechnologie zu investieren, sollte das Geld für zukunftsfähige Fernwärme ausgegeben werden“, so Eric Häublein vom NABU abschließend.

Das geplante Holzheizkraftwerk in Reuter-West wäre mit 110 MW (Megawatt) Feuerungswärmeleistung eins der größten Holzkraftwerke in Deutschland. Pro Jahr sollen mindestens 250.000 Tonnen Frischholz bzw. 130.000 Tonnen des trockeneren und damit leichteren Altholzes verbrannt werden. Damit würden große Mengen CO₂ aus dem Holz freigesetzt – bei neun Monaten Vollastbetrieb etwa 250.000 Tonnen CO₂. Dieses CO₂ könnte bei einer stofflichen Verwendung des Holzes weiter gebunden bleiben.

Die Wälder würden durch die Holzverbrennung weiter unter Druck geraten. Zum Vergleich: Eine Waldfläche von der Größe des Berliner Tiergartens (200 Hektar) würde im geplanten Kraftwerk in nur ein bis zwei Monaten komplett verheizt.

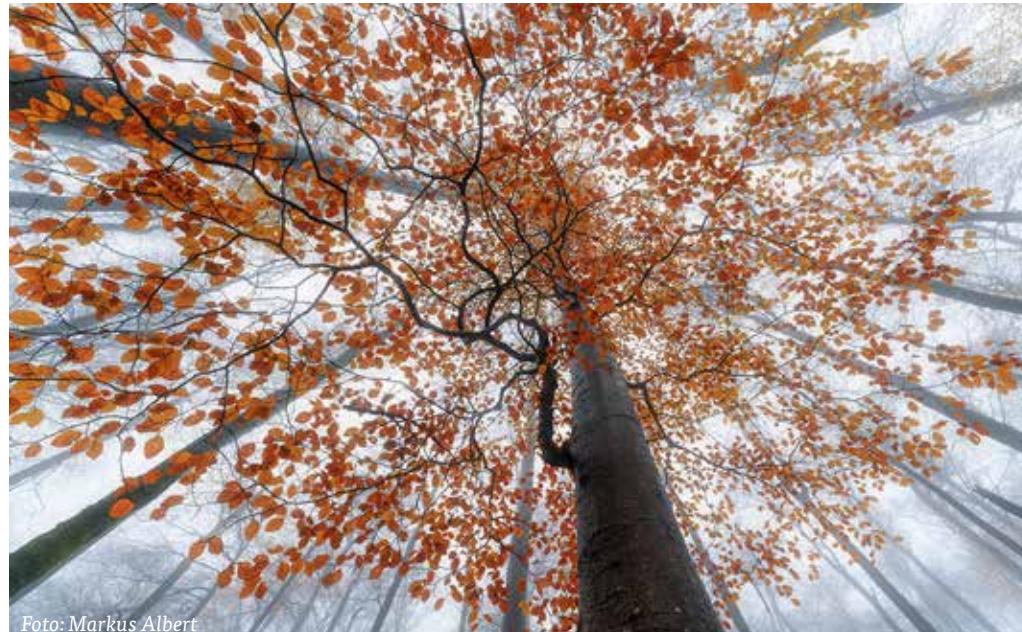
Waldwelten – zwischen Schönheit und Leid

Fotoausstellung der Waldfotograf*innen Yvonne Albe und Markus Albert mit ROBIN WOOD

Kunst trifft Wirklichkeit: Am 01. Februar 2026 eröffneten die Fotograf*innen Yvonne Albe und Markus Albert gemeinsam mit ROBIN WOOD die Ausstellung „Waldwelten – zwischen Schönheit und Leid“ in Frankfurt-Bornheim. Die Ausstellung, die von Sven Kils - Photography veranstaltet wird, ist dort bis zum 27. Februar zu sehen. Weitere Ausstellungsorte finden Sie auf der ROBIN WOOD-Homepage unter Terminen.

Das Gemeinschaftsprojekt vereint künstlerische Fotografie und kritische Informationen: Yvonne Albe und Markus Albert präsentieren ihre Waldfotografien. ROBIN WOOD, vertreten durch Wald-Fachreferentin Jana Ballenthien, liefert Hintergrundfakten und Einblicke in die aktuellen Herausforderungen für unsere Wälder.

„Die Schönheit unserer Wälder hängt von unserem achtsamen Umgang mit ihnen ab. Deshalb lag die Idee eines gemeinsamen Projekts zwischen Fotografie und Naturschutz für uns auf der Hand“, so Markus Albert. Jana Ballenthien ergänzt: „Mit der Mischung aus Kunst und Dokumentation möchten wir die Wahrnehmung für die krisenhafte Situation unserer Wälder schärfen und das Engagement des Publikums fördern.“



Die Ausstellung beleuchtet die Vielfalt und Faszination des Waldes und thematisiert gleichzeitig akute Bedrohungen.

Besuchende können die Projekte von ROBIN WOOD mit einer Spende unterstützen. Zudem gehen 15 Prozent des Erlöses aus dem Verkauf der teils limitierten Fotokunst an die Umweltorganisation.

[www.robinwood.de/termine/
waldwelten-zwischen-
schoenheit-und-leid](http://www.robinwood.de/termine/waldwelten-zwischen-schoenheit-und-leid)



anzeige 

greenya
DAS GRÜNE BRANCHENBUCH

HAMBURG & SCHLESWIG-HOLSTEIN

jetzt AKTUELL:
greenya Nord
für Schleswig-Holstein & Hamburg

Nachhaltig,
fair & verantwortungsvoll.

Wir sind die Ökopioniere seit 1989 mit dem Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben.

GUTSCHEIN

- Nord (Hamburg, Schleswig Holstein)
- Ost (MV, BB, Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen)
- Nordrhein-Westfalen (NEU)

Bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1,60 Porto in Briefmarken pro Buch an uns senden, oder den Gutschein mailen Sie an info@greenya.de

greenya Verlag OHG | Lasbeker Str. 9 | 22967 Tremsbüttel
Fon +49 (0)4532 - 21402 | Fax +49 (0)4532 - 22077
info@greenya.de | www.greenya.de

greenya für RobinWood 20.06.23



Foto: ROBIN WOOD/Smaluhn

10. Juli 2025: ROBIN WOOD fordert Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer auf, sich für ein Ende der globalen Entwaldung einzusetzen

Lieferketten und globale Entwaldung

Neues Jahr, neues Glück? Im Moment fühlt es sich nicht so an. Es geht weiter, wie das letzte Jahr geendet hatte: Innerhalb weniger Monate, Wochen gar, wurden sowohl die EU-Verordnung gegen globale Entwaldung (EUDR) als auch die EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) verschoben, verwässert – verloren?

Ausblick 2026

Der erste Akt lief schon im Januar dieses Jahres: Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten wurde nach Jahrzehntelangen Verhandlungen verabschiedet – mit sehr ungewissem Ausgang für Menschen und Umwelt. Der zweite Akt folgt im April: Die EUDR soll einer weiteren Prüfung unterzogen werden – gibt es noch mehr Potential für „Vereinfachung“? Der dritte Akt, noch nicht datiert: Es liegt eine Gesetzesänderung aus dem Arbeitsministerium auf dem Tisch. Das deutsche

Lieferkettengesetz soll bis zur Umsetzung der CSDDD mehr oder weniger auf Eis gelegt werden: keine Dokumentationspflichten für Unternehmen, kaum bis keine Sanktionen bei Verstößen gegen theoretisch weiterhin geltende Umweltstandards und die Achtung internationaler Menschenrechte!

Diese und andere Gesetze, Verordnungen und Abkommen zeigen auf erschreckende Weise, wo die Bundesregierung Deutschlands und die EU ihre Prioritäten setzen: Wirtschaftswachstum ohne Rücksicht auf Mensch und Klima. Auch wenn die Aussichten nicht gut sind, hält uns das nicht davon ab, weiter für starke Lieferkettengesetze zu streiten. Weit mehr als 200.000 Menschen haben unsere Petition schon unterschrieben, die wir gemeinsam mit der Initiative Lieferkettengesetz ins Leben gerufen haben! Wenn Sie uns unterstützen wollen, können Sie auch weiterhin

online die Petition an Bundeskanzler Friedrich Merz unterschreiben: für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland und in der EU! Denn noch haben wir nicht verloren!

Rückblick 2025

Es hatte sich schon vor der Sommerpause angekündigt, dass der Druck auf die EU-Kommission stetig stieg, insbesondere seitens der Forstindustrie: Die Verordnung gegen Entwaldung solle vereinfacht werden. Die Anforderungen seien nicht verhältnismäßig. Die EU-Kommission hatte sich dazu lange Zeit ausgeschwiegen, am Ende aber doch einen Änderungsvorschlag vorgelegt. Die Begründung für die Verzögerung waren technische Probleme und eine Überlastung des IT-Systems.

Damit waren weitere Änderungen am Gesetz möglich. Sowohl der EU-Rat

als auch das Parlament haben diese Möglichkeit wahrgenommen. Das Resultat ist krass: Das Inkrafttreten der Verordnung wird um ein weiteres Jahr verschoben, und für kleine Produzenten in der EU gelten weitreichende Ausnahmeregelungen. Außerdem sollen nur noch die „Erstinverkehrbringer“ in die Verantwortung genommen werden – schon bei der EU-Holzhandelsverordnung (EUTR) hatte das ein riesiges Schlupfloch ergeben.

Nach einer sehr kurzen Winterpause geht es 2026 direkt weiter: Im April soll die EU-Kommission nochmal prüfen, ob weitere Gesetzesänderungen und Vereinfachungen nötig oder möglich sind, um Unternehmen zu entlasten. Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat schon im Januar dazu aufgerufen, Vorschläge einzubringen.

Die EUDR galt als ein zentrales Instrument der EU, um die globale Entwaldung zu stoppen. Die Verordnung sollte andere Länder und Märkte motivieren, nachzuziehen. Palmöl, Kautschuk und andere Rohstoffe sollten in der EU nicht mehr auf den Markt kommen, wenn sie auf entwaldeten Flächen oder in degradierten Wäldern angebaut wurden. Ihr gesamtes Potential im Kampf gegen Entwaldung und Artensterben hätte die EUDR erst langfristig entfaltet. Dazu hätte das Gesetz gestärkt werden müs-

sen, nicht geschwächt – es sollten weitere Rohstoffe in den Anwendungsbereich aufgenommen werden, es sollten weitere Ökosysteme geschützt werden, um Verlagerungseffekte zu minimieren. All das scheint im Moment außer Reichweite. Doch wir kämpfen weiter gegen Entwaldung und Ausbeutung, für den Schutz von Menschenrechten.

Fast zeitgleich zum Gesetzgebungsprozess der EUDR vor mehr als fünf Jahren ist auch die CSDDD entstanden, die Corporate Sustainability Due Diligence Directive. Diese Lieferkettenrichtlinie dreht sich nicht um bestimmte Rohstoffe oder Produkte, sondern sie richtet sich an Unternehmen und verpflichtet sie, Menschenrechte in ihren Lieferketten zu achten und Umweltstandards einzuhalten. Denn für die Profite europäischer Unternehmen bezahlen zu oft Menschen und Umwelt am Anfang der Lieferketten.

Doch im Rahmen des Omnibus-I-Pakets wurde die CSDDD 2025 stark entkernt. Zuerst wurde ihre Anwendung verschoben, dann folgten inhaltliche Diskussionen. Wie bei der EUDR drehte sich alles um die „Vereinfachung“ der Richtlinie. Das Resultat? Die komplette Streichung der Klimatransitionspläne und der EU-weit einheitlichen Haftungsregel. Außerdem wurde der Anwendungsbereich geändert, sodass

nur noch sehr wenige, wirklich große Unternehmen mit mehr als 5000 Mitarbeitenden und 1,5 Millionen Jahresumsatz zur Verantwortung gezogen werden. Aber: Es gibt die Richtlinie noch immer – und das ist nicht selbstverständlich. Neben Friedrich Merz und konservativen und rechten Fraktionen in der EU, witterten auch Ölländer wie Katar und US-Präsident Trump höchstpersönlich eine Chance, mit dem Omnibus-Paket die EU-Lieferkettenrichtlinie gleich ganz platt zu machen. Das ist ihnen nicht gelungen, wir haben dagegengehalten!

Außerdem gibt es auch noch immer das deutsche Lieferkettengesetz. Es ist in einigen Punkten stärker als die CSDDD, in anderen Punkten wird die Umsetzung der EU-Richtlinie das deutsche Lieferkettengesetz stärken (risikobasierter Ansatz, mehr Umweltabkommen, höherer Höchstsatz bei Bußgeldern, bessere Chancen auf zivilrechtliche Haftung). Ja, die Bundesregierung will das deutsche Lieferkettengesetz schwächen, aber noch ist der Gesetzentwurf nicht beschlossen. Was nun also ansteht? Die Rettung des deutschen Lieferkettengesetzes!

Wir machen weiter!

**Fenna Otten, ROBIN WOOD-
Tropenwaldreferentin**

Wesercamp 2026 gegen Ausbeutung und Entwaldung

Erinnern Sie sich noch an das Wesercamp auf Harriersand? Letztes Jahr haben wir uns zum ersten Mal auf der Weserinsel bei Brake getroffen, Umweltaktivist*innen aus ganz Deutschland, Landwirte aus der Region, Indigene aus Guatemala und Honduras, Aktive von ROBIN WOOD. Dieses Jahr treffen wir uns zum zweiten Mal, vernetzen uns, tauschen uns aus, lernen voneinander, und stehen gemeinsam ein für eine gerechte Landwirtschaft und gegen die Weservertiefung!

Der Hafen in Wesermarsch ist einer der wichtigsten Umschlagplätze für Agrarstoffe wie Palmöl und Soja in Deutschland. Dass die Rohstoffe, die in Brake

ankommen, legal angebaut wurden, ist jedoch nicht sicher. Lieferkettengesetze wie die EUDR oder die CSDDD könnten Menschenrechtsverletzungen, Entwaldung und Ausbeutung beenden – denn Unternehmen müssen Verantwortung übernehmen, für Verstöße haften und mit Sanktionen rechnen.

Die Weservertiefung ist nicht nur Sinnbild für die zunehmende Ausbeutung in den Lieferketten der Agrarindustrie, sie hat auch ganz konkrete Folgen für das Ökosystem in der Unterweser, die Landwirtschaft in der Wesermarsch und für den Hochwasserschutz der ganzen Region. Weitere Informationen und Möglichkeiten, sich bei der Organi-

sation des Wesercamp einzubringen, findet ihr auf wesercamp.org



10 Jahre Ecogon: Spielerisch die Umwelt zum Leben erwecken



Ob kooperativ oder solo, Ecogon bietet einfache, aber tiefgründige Regeln: Baut Tiere, Pflanzen und Lebensräume so zusammen, dass möglichst viele Arten einen Platz zum Überleben finden. Die klaren Regeln machen es zum idealen Spiel für Bildungszwecke, doch lasst euch nicht täuschen – es ist alles andere als einfach!

Euer kleines Ökosystem wird ständig durch Ereigniskarten beeinflusst und verändert. Nur wenn es stabil und artenreich genug ist, könnt ihr gewinnen. Dabei lernt ihr spielerisch die Bedeutung von Ökosystemen und Naturprozessen – ohne dass vorherige Kenntnisse über die Umwelt notwendig sind.

Natürlich legen wir auch bei Ecogon großen Wert auf Nachhaltigkeit: Wie alle Gaiagames wird es so umweltfreundlich wie möglich produziert. Übrigens: Ecogon ist das einzige Spiel, bei dem ihr eure Spielsteine einpflanzen könnt, um neue zu züchten – ein einzigartiges Erlebnis für Naturfreunde und Spieler gleichermaßen!

Bei Gaiagames sind auch nachhaltige und lehrreiche Spiele für Kinder erschienen: Das Kartenspiel *Fish 'n' Flips* und das kooperative Kinderspiel *Summsalabim*. Dieses Jahr soll das neue Spiel *Paleogon* mit Kreidezeit Ökosystemen erscheinen.

*Ecogon, Micha Reimer, 10 Jahre Jubiläumsedition, kooperativ, ab 8 Jahren, 1 bis 6 Spieler*innen, 30 bis 90 Minuten 35,90 Euro zzgl. Versandkosten, www.gaiagames.de*

 anzeigen

INFORMIERT. DECKT AUF. MACHT MUT. BEWEGT.

STICHWORT BAYER

DAS KONZERNKRITISCHE MAGAZIN



Öl ins Feuer

Kathrin Hartmann zeigt in ihrem wichtigen Buch, wo die Klimapolitik in Deutschland falsch abgebogen ist. Als sich die Staaten der Welt zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels verpflichteten, das Bundesverfassungsgericht feststellte, dass die Klimapolitik der Merkel-Regierung verfassungswidrig ist und die Grünen in die Regierung einzogen, war eigentlich klar: Jetzt passiert etwas! Stattdessen: Weltklimakonferenzen in Ölstaaten, LNG-Terminals vor deutschen Küsten und eine Regierung, die kein Geld für Bus und Bahn hat, aber für die Subvention von Dienstwagen. Also alles weiter wie bisher?

Die renommierte Journalistin Kathrin Hartmann zeigt, was Klimapolitik bei ständigem Wirtschaftswachstum bedeutet. Längst sind nicht mehr Klimaleugner das Problem, sondern jene, die mit dem Klimawandel das große Geschäft wittern. Und das sind vor allem die fossilen Energiekonzerne: Jetzt gibt es angeblich „sauberes“ Flüssigerdgas, man träumt von grünem Wasserstoff, steigert auf dem Weg dahin den CO₂-Ausstoß jedoch und greift zu gefährlichen Scheinlösungen wie „Carbon Management“.

Es ist die bittere Wahrheit: Was momentan passiert, verschärft die Erderwärmung. Anstatt das Klima zu schützen, wird Öl ins Feuer gegossen. „Öl ins Feuer“ ist eine aufrüttelnde Analyse unserer unzureichenden Bemühungen, etwas gegen Klimaerwärmung und zunehmende Naturkatastrophen zu tun. Das Buch, das 2024 erschienen ist, hat von seiner Aktualität nichts verloren.

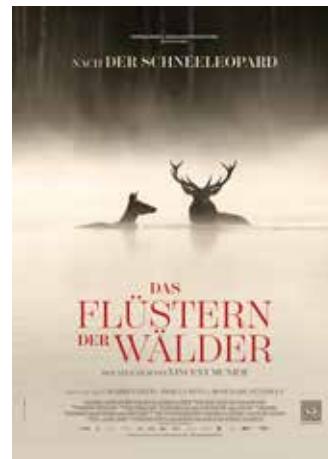


Kathrin Hartmann
Öl ins Feuer
Rowohlt Polaris, 2024
272 Seiten, 18 Euro
ISBN: 978-3-499-01460-4

Film: Das Flüstern der Wälder

Michel Munier liebt den Wald und das Einssein mit der Natur. Der Naturforscher streift durch die Vogesen und beobachtet Wildtiere, von Sperlingskäuzen bis zu Luchsen. In seinem getarnten Lager unter den Zweigen einer Tanne verbrachte er mehr als 800 Nächte geduldig wartend – eine Geduld, die sich im gemächlichen Rhythmus und den langen Einstellungen des Films widerspiegelt. Seine Leidenschaft hat er an seinen Sohn Vincent, Wildtierfotograf und Dokumentarfilmer, und Enkel Simon weitergegeben.

Die Kamera folgt dem Trio in die Vogesen, wo sie Füchse, Rehe, Hirsche und andere Tiere beobachten. Die Montage wechselt geschickt zwischen Panoramaaufnahmen der Landschaft und Großaufnahmen der Tiere – besonders eindrucksvoll, wenn ein Uhu oder Luchs starr in die Kamera schaut, als wollte er die Beobachter erforschen. In einer Hütte erzählen Michel und Vincent von Abenteuern und Michels Krafttier, dem Auerhahn, der in den Vogesen verschwunden ist. Bei einer Reise nach Norwegen kann Simon den König der Wälder endlich in freier Wildbahn sehen. Die Kamera nimmt sich Zeit für stille Berghänge und verschneite Bäume. Streicher, Klavier und Chorgesang erzeugen meditative Stimmungen und begleiten Landschaften, in denen Nadelbäume aus Nebelbänken auftauchen. Ein idealer Film, um bei einem Mehrgenerationen-Kinobesuch die Schönheit der Natur auf sich wirken zu lassen.



Das Flüstern der Wälder
Frankreich 2025, Dokumentarfilm, 100 Minuten
Regie: Vincent Munier
www.pandorafilm.de





Lasst uns Über Morgen reden.

INFORMATIONEN ZU TESTAMENT UND ERBSCHAFT **ROBIN WOOD**

Ihr Vermächtnis: Der Schutz unserer Wälder

In unserem Ratgeber „Lasst uns über Morgen reden“ haben wir wichtige Informationen zum Thema gemeinnütziges Vererben, Testamentsgestaltung und praktischen Tipps zusammengestellt.

Nur lediglich 35 Prozent der Deutschen machen ein Testament. Dabei kann die Entscheidung ROBIN WOOD im Testament zu bedenken, eine Entscheidung für eine lebenswerte Zukunft sein.

Stärken Sie unseren Verein für die großen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte

Was vor über 40 Jahren mit einer Handvoll engagierter Menschen begann, sollte in die spektakulärsten Aktionen deutscher Umweltgeschichte münden. Heute ist ROBIN WOOD in Deutschland nicht mehr wegzudenken, wenn es um den dringenden Schutz der Wälder oder den sozialen Klimaschutz geht.

Angesichts der drohenden Klimakatastrophe, dem Artensterben und den weltweit zunehmenden Extremwetterereignissen war es nie wichtiger, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. Ihr Testament kann Ihr Beitrag sein, eine lebenswerte Welt an die nächsten Generationen weiterzugeben.

Nachlässe an ROBIN WOOD sind von der Erbschaftssteuer befreit

Der Staat belohnt die gute Tat. Nachlässe an gemeinnützige Organisationen wie ROBIN WOOD sind von der Erbschaftssteuer befreit. Ihr Nachlass kommt also voll und ganz unserem Engagement für die Wälder zugute. Um über gesetzliche Regelungen zu informieren, haben wir uns im Team zusammengesetzt und einen kleinen Nachlassratgeber entwickelt. Er bietet einen Überblick zur Form von Testamenten, Erbfolge oder von Erbschaft oder Vermächtnis. Der Leitfaden ersetzt den fachkundigen Rat einer Notarin oder eines Notars natürlich nicht.

Nutzen Sie die Gelegenheit und bestellen Sie kostenfrei Informationen zu Testament und Erbschaft unter der Telefonnummer: 040 – 380 892-0 oder senden Sie eine E-Mail mit der Anfrage an testament@robinwood.de.



Andrea Zander & Christiane Weitzel

Spenden statt Geschenke

Ihr runder Geburtstag steht in diesem Jahr an? Ein Jubiläum? Wir hoffen, dass es auch in diesem Jahr gute Gründe zum Feiern gibt!

Wer in nächster Zeit einen besonderen Tag vor sich hat, kann sich ab sofort eine Spende für die wilden Wälder wünschen. Starten Sie Ihre Spendenaktion und setzen Sie ein Zeichen für Klimagerechtigkeit und den weltweiten Erhalt der Wälder. Damit inspirieren Sie nicht nur Ihre Gäste, Sie machen es Ihren Lieben auch leicht, Ihnen eine Freude zu bereiten. Es ist sehr unkompliziert, an der Aktion



„Spenden statt Geschenke“ teilzunehmen. Lassen Sie sich gerne kurz telefonisch von Andrea Zander beraten und weisen Sie Ihre Gäste schon in der Einladung auf Ihre Aktion hin.

Unter einem vereinbarten Stichwort können Ihre Lieben auf unser Spendenkonto einen Betrag überweisen. Alternativ stellen wir Ihnen eine Spendenbox zur Verfügung und Sie können nach der Feier den Gesamtbetrag auf unser Konto überweisen.

Nach ungefähr drei Wochen erhalten Ihre Gäste auf Wunsch eine Spendenbescheinigung und ein Dankschreiben, sofern uns Name und Adresse der spendenden Person bekannt sind.

Wir helfen Ihnen gerne bei der Umsetzung. Wenden Sie sich bitte an Andrea Zander, andrea.zander@robinwood.de, oder bestellen Sie unseren Infoflyer unter Tel.: 040 380892-13.

FÜR IHREN BESONDEREN TAG

IHRE GESCHENKSPENDE
FÜR ROBIN WOOD,
WEIL IHNEN DIE WÄLDER
AM HERZEN LIEGEN



ROBIN WOOD

impressum

Nummer 168/1.26

ROBIN WOOD-Magazin

Zeitschrift für Umweltschutz
und Ökologie

ISSN: 1437-7543

Erscheinungsweise vierteljährlich

Redaktion:

Jana Ballenthien, Sabine Genz, Dr. Vitus Heller, Moritz Heck, Angelika Krumm, Annette Littmeier, Dr. Christiane Weitzel (V.i.S.d.P.). Die Redaktion ist für Layout, Satz, Fotos, Anzeigen verantwortlich.

Verlag:

ROBIN WOOD-Magazin
Bundesgeschäftsstelle

Bremer Straße 3, 21073 Hamburg

Tel.: 040 380892-0, Fax: -14

magazin@robinwood.de

Jahresabonnement:

12,- Euro inkl. Versand.

Der Bezug des Magazins ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Förder*innen, die ab 50 Euro jährlich spenden, erhalten ein kostenloses Jahresabo.

Gesamtherstellung:

creo Druck & Medienservice GmbH
Bamberg. Bogenoffsetdruck, Auflage:
6.500, gedruckt mit mineralölfreien
Farben auf 100 % Recyclingpapier mit
dem Blauen Engel.

Titelbild:

iStock: linephoto

Spendenkonto:

ROBIN WOOD e.V.

Sozialbank Hannover

IBAN: DE 93 37020500 00084 555 00

BIC: BFS WDE 33 XXX



info@robinwood.de
www.robinwood.de

Ohne Moos kein Floß: Leinen los für's Klimafloß



Foto: ROBIN WOOD/Smaluhn

Im Frühsommer 2026 starten wir den Bau unseres neuen Klima-Floßes. Dafür brauchen wir alles mögliche: Holz, Schrauben, Bolzen, Solarmodule und vieles mehr. Zwar zimmern wir ehrenamtlich, aber ohne Moos kein Floß. Schon ein paar Euro helfen!

Seit über 20 Jahren ist das Aktionsfloß „ROBINA WALD“ für Umwelt- und Klimagerechtigkeit auf Flüssen und Kanälen unterwegs. Hier zum Beispiel im Sommer 2025. Nun hat unser Floß seinen Geist aufgegeben. Wir möchten ein neues Floß bauen und brauchen Unterstützung, damit wir uns die Bauwoche und die Materialien leisten können.

Auf dem Wasser an die Orte des Protests!

Mit unserem Floß fahren wir an die Orte der Zerstörung und dahin, wo Menschen sind. Wir kommen ins Gespräch und unterstützen lokale Initiativen bei ihrem Protest. Dafür ist es wichtig, sichtbar zu sein und Gesprächsräume zu eröffnen. Das Klima-Floß ist ein solcher Ort: Hiermit sind wir

jeden Sommer unterwegs, besuchen Initiativen, veranstalten Workshops und laden Menschen ein, mit uns ins Gespräch zu kommen. Daneben dient uns das Floß auch immer wieder als wichtige Aktionsunterstützung – für kreativen Protest auf und am Wasser!

Leinen los für ein neues Klima-Floß!

Unsere Floßtouren verbinden Generationen von Aktivist*innen. Auf der ROBINA WALD sind Kinder mitgeschipert, die sich bis heute für die Umwelt und das Klima stark machen. Wir stehen ein für Klimagerechtigkeit und eine starke, demokratische Zivilgesellschaft. Das Zusammenkommen auf dem Floß ist für uns ein Lernort, wie wir uns solidarisch und basisdemokratisch organisieren möchten. Wir sehen, dass sich die Klimakrise weiter zuspitzt. Insbesondere auf lokaler Ebene wird es zunehmend wichtiger, für Klimaanpassung, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zu kämpfen. Egal ob in Cottbus an der Spree, oder in Bochum an der Ruhr – wir wollen dort sein!

Macht die Floßbauwoche möglich!

Aktive von ROBIN WOOD möchten in einer Floßbauwoche an der Elbe gemeinsam ein neues Floß bauen. Sie bestellen die Materialien, organisieren den Transport und lernen gemeinsam, wie man ein Floß baut – natürlich aus nachhaltigen Baustoffen. Wir brauchen euer Geld, um Anreise, Verpflegung, Transport, Holz und Seile bezahlen zu können. Denn ROBIN WOOD finanziert sich vor allem aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen – große Investitionen sind daher für uns ohne eure Hilfe nicht so einfach möglich.

Ohne Moos kein Floß: Wie du für den Floßbau spenden kannst erfährst du auf unserer Homepage unter www.robinwood.de/blog/leinen-los-fuers-klima-floss oder unter spenden@robinwood.de. Herzlichen Dank!

Jetzt zu Ökostrom wechseln!



Sie haben genug von klimaschädlicher Kohle und immer mehr Erdgas? Sie haben keine Lust darauf, dass mit Ihrem Geld die Klimakrise weiter angeheizt wird? Sie sind überzeugt davon, dass die Zukunft erneuerbar ist? Mit dem Wechsel zu Ökostrom können Sie die Energiewende unterstützen und der fossilen Energieindustrie den Geldhahn zu drehen!

Der aktualisierte Ökostromreport von ROBIN WOOD empfiehlt unabhängige Stromanbieter und zeigt, wie einfach ein Wechsel ist. Alle Infos unter www.robinwood.de/okostrom



Foto: ROBIN WOOD

Für das Klima auf der Zugspitze. Lesen Sie mehr dazu ab Seite 6 dieser Ausgabe

ROBIN WOOD: aktiv für Natur und Umwelt

Seit mehr als 40 Jahren setzen wir uns aktiv für Natur und Umwelt ein. Für den Schutz der Wälder weltweit, für Erneuerbare Energien und für eine echte Mobilitätswende machen sich die Aktiven von ROBIN WOOD stark. Ermöglichen Sie unser Engagement auch in Zukunft mit Ihrer großzügigen Spende. Herzlichen Dank!

Ich möchte andere informieren!

Bestellungen gerne auch via
E-Mail: info@robinwood.de
oder Telefon: 040 3808920

Bitte senden Sie mir zum Weitergeben:

Exemplare dieses Magazins

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Telefon:

E-Mail:

Datum, Unterschrift

ROBIN WOOD e.V.
Geschäftsstelle
Bremer Str. 3
21073 Hamburg

10 Jahre Pariser Klimaschutzabkommen

www.robinwood.de

Foto: ROBIN WOOD

